

Transformation von unten. Zur Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen Beleg- schaftsproteste 1989–1994

2019 fanden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen statt, deren Ergebnisse republikweit für Entsetzen sorgten. Besonders die hohen Zustimmungswerte für die rechtskonservative bis rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) hinterließen ihre tiefblauen Spuren auf den statistischen Wahlkarten und ließen einmal mehr die Frage aufkommen, warum der »Osten« anders als der »Westen« tickt. Auch das Thüringer Eichsfeld, als katholische Enklave bislang stets eine Bastion der Christlich Demokratischen Union (CDU), konnte sich diesem Trend nicht mehr entziehen. Das gilt selbst für die 2000-Seelen-Gemeinde Bischofferode, in der neben der CDU auch die Linkspartei lange Zeit stark verankert war. Diese Eichsfelder Sonderentwicklung geht zurück auf den Hungerstreik der Kalikumpel von 1993, der einst massiv durch die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als Vorgängerin der Linkspartei unterstützt worden war. In Bischofferode nahm auch die Karriere des seit 2014 amtierenden linken Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow einen ihrer Ausgänge. Noch heute halten die Protestakteure von 1993 der Linkspartei und Bodo Ramelow eisern die Stange.¹ Dennoch verhinderte

1 Vgl. Armin Coerper/Michael Haselrieder/Anne Herzlieb: Nach der Wahl in Thüringen – Kampf um die Deutungshoheit, ZDF, Frontal 21 vom 29.10.2019; Thüringer Politiker Werner Henning. Dieser CDU-Landrat liebäugelt mit der Linken, in: Spiegel online vom 31.10.2019, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-cdu-landrat-werner-henning-fuer-koalition-mit-linken-a-1294238.html> (Zugriff am 5.7.2021).

dies nicht, dass die AfD auch in Bischofferode erfolgreich Fuß gefasst hat und dass selbst zahlreiche Anhänger Ramelows ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben. Dabei legten lokale AfD-Politiker gezielt den Finger in die noch immer nicht geheilte Wunde ostdeutscher Transformationserfahrungen, um auf die noch gewaltigeren Bedrohungen hinzudeuten, die den Ostdeutschen durch den Druck der Globalisierung noch bevorstünden. Durch den Erfolg der AfD erfuhr auch der Hungerstreik von 1993 eine erinnerungskulturelle Umdeutung in der Medienöffentlichkeit: Er erschien nun zuweilen gar als »Vorläufer« der gegenwärtigen »Wut auf den ostdeutschen Straßen«.²

1. Von Helden zur Herausforderung der Demokratie: Neue Perspektiven auf die ostdeutsche Protestgeschichte

Bereits seit einigen Jahren instrumentalisieren rechte Gruppen ostdeutsche Transformationserfahrungen für ihre politischen Zwecke und mobilisieren damit zum Protest – mit einigem Erfolg. 2014 versammelten sich Tausende Ostdeutsche erneut hinter dem Protestslogan »Wir sind das Volk«, mit dem DDR-Oppositionelle und Bürgerbewegte im Herbst 1989 einst den Anfang vom Ende der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) eingeläutet hatten. Angeführt wurden die Proteste nun jedoch vom rechten Bündnis Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«), das sich in Reaktion auf die »Flüchtlingskrise« in Dresden gebildet hatte. Seine Träger knüpften dabei selbst an eine lange Tradition rechter bzw. rechtsextemer Vereinnahmungen der Leipziger Montagsdemonstrationen an, die sich bis ins ostdeutsche

2 Henry Bernhard: »Wutbürger« im Osten Deutschlands. Vom Verdruss an der Demokratie, in: Deutschlandfunk online vom 2.1.2019, https://www.deutschlandfunk.de/wutbuenger-im-osten-deutschlands-vom-verdruss-an-der.724.de.html?dram:article_id=437277 (Zugriff am 5.7.2021).

Umbruchjahr 1990 zurückverfolgen lässt,³ ersetzen die einst martialischen Aufmärsche gewaltbereiter Schläger jedoch durch friedliche Stadtspaziergänge. Unverkennbar zeigt sich darin der Einfluss (westdeutscher) neurechter Protestkonzepte, die auf eine Mischung aus militantem und bürgerlich-biederem Auftreten setzen, das auch wohlstuierte Mittelständler⁴ sowie »einfache« Angestellte und Produktionsarbeiter anzieht. Letztere verbindet, dass sie sich als Teil der »mittleren Mitte« der Gesellschaft verstehen, sich aber zunehmend von der prosperierenden Mehrheitsgesellschaft abgehängt fühlen und ihnen die Gefahr des sozialen Abstiegs (unabhängig von der jeweils konkreten ökonomischen Lage) immer allgegenwärtiger erscheint.⁵

Es scheint naheliegend, dass die AfD, nachdem sie bereits mit ihrem Rechtsschwenk 2017 an die erinnerungskulturelle Vorfelddarstellung von Pegida und deren Narrativ vom »nachgeholtten Widerstand« angeschlossen und bald schon die Treuhand als weitere Projektionsfläche für ihre politischen Vorstellungen entdeckt hatte,⁶ auch aus den heute vielfach vergessenen und gleichsam mit dem Label der Ausgrenzung versehenen

3 Vgl. Sabine Volk: »Wir sind das Volk«. Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse, in: *German Politics* 29 (2020), S. 599–616, hier S. 607 f.; Dieter Rink: Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991 bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen, in: Priska Daphi/Nicole Deitelhoff/Dieter Rucht/Simon Teune (Hg.): *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests* (= Leviathan, Sonderband 33 [2017]), Baden-Baden 2017, S. 282–305.

4 Vgl. Philip Becher/Christian Bergass/Josef Kraft: *Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße*, Köln 2015, S. 71.

5 Vgl. Klaus Dörre: Marsch durch die Betriebe? Rechtspopulistische Orientierungen in der Arbeitswelt, in: *INDES* 2018 (4), S. 124–135.

6 Vgl. Jan Sternberg: AfD nennt Treuhand die »Wurzel allen Übels« in Ostdeutschland, in: *Märkische Allgemeine Zeitung* vom 1.5.2019, <https://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/AfD-nennt-Treuhand-die-Wurzel-allen-Uebels-in-Ostdeutschland> (Zugriff am 10.1.2020); Die DDR-Wende und die AfD. Wem gehört die Friedliche Revolution?, in: *Deutschlandfunk* vom 6.11.2019, https://www.deutschlandfunk.de/die-ddr-wende-und-die-afd-wem-gehört-die-friedliche.691.de.html?dram:article_id=462754 (Zugriff am 21.12.2020).

ostdeutschen Belegschaftsprotesten der Treuhandjahre⁷ Mobilisierungspotenzial zieht. Schließlich drückte sich bereits hier der bis heute nicht eingelöst erscheinende »Anspruch« der Ostdeutschen aus, »nicht als Deutsche ›zweiter Klasse‹ behandelt zu werden.«⁸ In diesem Sinne dienen die Belegschaftsproteste der frühen 1990er-Jahre auch in der zeithistorischen Forschung vor allem als Gegenbeleg zum Erfolgsnarrativ der Wiedervereinigung. So schreibt der ostdeutsche Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler schon seit Jahren gegen dieses Narrativ an und verweist dabei auf die zahllosen betrieblichen Proteste in Ostdeutschland. In diesen sieht er ein heroisches Scheitern des basisdemokratischen Widerstands gegen die »neoliberale« und parlamentarisch unzureichend kontrollierte Treuhand und sieht hierin auch eine Erklärung für den gegenwärtigen Erfolg der AfD in Ostdeutschland. Einen weiteren Faktor hierfür sieht Roesler in der »Ein- und Unterordnung der ostdeutschen unter die westdeutschen Gewerkschaften«.⁹

Das starre Täter-Opfer- bzw. West-Ost-Bild ist zwar durch jüngere Arbeiten von Detlef Pollack sowie erste lokalhistorische Tiefenbohrun-

7 Erste, auf Zeitungsanalysen beruhende Schätzungen gehen davon aus, dass es in den Jahren der Treuhand mindestens einmal wöchentlich zu einer Protestaktion ostdeutscher Belegschaften kam. Vgl. Dietmar Dathe: Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche, Berlin 2018.

8 Detlev Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? Transformation und Protest in den 1990er-Jahren, in: Marcus Böick/Constantin Goshler/Ralph Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, S. 169–186, hier S. 170.

9 Jörg Roesler: Die Treuhand und die bundesdeutsche Demokratie. Defizite an demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung im ostdeutschen Privatisierungsprozess, in: Ulla Plener (Hg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994). Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente, Berlin 2011, S. 31–39; Jörg Roesler: Mit oder gegen den Willen der Betriebsbelegschaften? Die Privatisierung in Polen und den neuen Bundesländern 1990 bis 1995 im Vergleich, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2015) 2, S. 44–66; ders.: Vom ökonomischen zum politischen Schock. Was die Privatisierung der DDR-Wirtschaft mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten zu tun hat, in: Neues Deutschland vom 15.1.2018, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1076148.afd-in-ostdeutschland-vom-oekonomischen-zum-politischen-schock.html> (Zugriff am 17.1.2020).

gen relativiert worden.¹⁰ Dennoch kommen Studien, die sich mit den ostdeutschen Belegschaftsprotesten aus zeithistorischer Perspektive befassen, noch immer kaum über einen gewissen Treuhandzentrismus hinaus.¹¹ Andererseits haben die betrieblichen Proteste im Osten in Gesamtdarstellungen zur Protestgeschichte Deutschland bislang überhaupt keine Berücksichtigung gefunden. Die Gründe dafür lassen sich beispielhaft an einer jüngeren Gesamtdarstellung der Geschichte des Protests in Deutschland nach 1945 von Philipp Gassert aufzeigen. So ist die Studie noch immer in älteren zeitgeschichtlichen Erzählmustern verhaftet, wonach Westdeutschland als Normalfall einer »offenen Gesellschaft« erscheint, zu der »Straßenprotest als Kollektivphänomen« dazugehört, während Protest im SED-Staat einzig mit Widerstand gegen das SED-Regime assoziiert wird und die Untersuchung sich damit auf 1953 und 1989 konzentriert. Aus der Vielzahl der ostdeutschen Protestaktivitäten der 1990er-Jahre werden dagegen nur die rechtsradikalen Ausschreitungen als Teil einer gesamtdeutschen »Protestgeschichte der Gegenwart« wahrgenommen.¹² Die auf der Skala der Protestinhalte auf Platz zwei hinter den rechtsradikalen Ausschreitungen rangierenden arbeitsweltlichen Proteste (22 Prozent)¹³ fallen aus diesem Rahmen heraus, zumal sich die westdeut-

10 Vgl. Detlef Pollack: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020; Till Goßmann: Proteste gegen die Treuhandanstalt am Beispiel der Aktivitäten zum Erhalt der Ilmenauer Glaswerke 1993–1994, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 19 (2020) 1, S. 26–41.

11 Vgl. Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? (wie Anm. 8); Marcus Böick: »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren, in: Dieter Bingen/Piotr Antoniewicz (Hg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167–185.

12 Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 27.

13 Diese Erhebung gilt für die Jahre 1990 bis 1994, vgl. Susann Burchardt: Protestverhalten in Ost- und Westdeutschland im Vergleich, 1990 bis 1994, in: Dieter Rucht (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main 2001, S. 241–273, hier S. 260.

sche und westeuropäische Arbeitswelt der 1990er-Jahre geradezu durch eine »relative Ereignislosigkeit« auszeichnete.¹⁴ Die häufig spontanen, lokal und zeitlich begrenzten Arbeitskämpfe im Osten erscheinen demgegenüber als vorübergehende Begleitphänomene der wirtschaftlichen Transformation.

Dieser Beitrag unternimmt den Versuch, die ostdeutschen Belegschaftsproteste in eine längerfristige und verschränkte Transformationsgeschichte Ost- und Westdeutschlands einzuordnen, die weit über den wirtschaftsgeschichtlichen Kontext hinausweist, indem sie besonders die gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Nachwirkungen der Proteste in die Untersuchung einbezieht. Protest wird dabei als Form der politischen Einflussnahme betrachtet, bei der mittels Sprache, Praktiken und Symboliken auch gesellschaftliche Ordnungen verhandelt werden. Somit bedarf es zum einen eines Blicks »von unten«, und zwar in einem breiteren Sinne über die öffentlich artikulierten Einzelmotive der Protestakteure hinaus hin zu ihren Protestpraktiken und den ihnen zugrunde liegenden Demokratievorstellungen.¹⁵ Eine solche Betrachtung kann aber nicht erst beim Mauerfall ansetzen. Sie muss vielmehr auch die Nachwirkungen und Transformationen betrieblicher Partizipationskulturen in der DDR und der Revolution von 1989 berücksichtigen, die den Ostdeutschen einen demokratischen Heldenstatus verlieh, den jene auch selbstbewusst mit eigenen Ansprüchen an die neue Demokratie verknüpften. Die Untersuchung dieser Prozesse muss zum anderen durch Blicke »von oben«

14 Lutz Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 195.

15 Als Pionierarbeiten seien genannt Eric Hobsbawm: *The Machine Breakers*, in: *Past & Present* 1 (1952), S. 57–70; Edward P. Thompson: *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*, in: *Past & Present* 50 (1971), S. 76–136. Als neuere Anwendungen dieser Forschungen auf die deutsche Geschichte nach 1945 inspirierend Thomas Lindenberger: »Gerechte Gewalt?« *Der 17. Juni 1953 – ein weißer Fleck in der historischen Protestforschung*, in: Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hg.): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, Berlin 2004, S. 113–128; Arne Hordt: *Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion*, Göttingen 2018.

erweitert werden. Denn die Protestierenden bewegten sich mit ihrer Protestkultur seit 1990 in einem demokratischen Handlungs- und Diskursraum, in den andere Vorstellungen von einer »gerechten« Ordnung und legitimem Widerstand eingeschrieben waren, um die in Parteien, Zivilgesellschaft, Verbänden und Medien jedoch auch trefflich gestritten wurde. Gerade die Massivität des Strukturbruchs im Osten beförderte auch im Westen Krisendiskurse und bewog insbesondere Akteure aus dem breiten und heterogenen Feld der politischen Linken dazu, die ostdeutschen Belegschaftsproteste als gedeutete Fortsetzungsgeschichte von 1989, als Reservoir der Enttäuschten und lebendiges Laboratorium der deutsch-deutschen Transformationsgesellschaft politisch zu nutzen. Eine zentrale Rolle spielten dabei vor allem westdeutsche radikale Linke und lokale Gewerkschaftsfunktionäre, die über langjährige (zum Teil gemeinsame, zum Teil voneinander abgegrenzte) Protesterfahrungen und entsprechende Infrastrukturen verfügten, denen eine dauerhafte Mobilisierung ostdeutscher Belegschaften aber letztlich nicht gelang. Dagegen konnte die PDS langfristig politisches Kapital aus den Protesten ziehen, indem sie sich Protestkulturen der westdeutschen Linken und der ostdeutschen Revolution von 1989 aneignete und sich zugleich als Hüterin ostdeutscher Besitzstände sowie plebiszitäres Korrektiv im System der repräsentativen Demokratie präsentierte. In diesem diskursiven Setting wandelte sich auch das Bild von den »Ostdeutschen« als Protestakteure. Aus demokratischen Helden wurden demokratische Herausforderungen.

Die Proteste lediglich als Reaktionen auf die eruptiven Umbrüche und Ausdruck des erfolglosen Ringens der Ostdeutschen um Anerkennung zu verstehen, greift damit zu kurz und vernachlässigt die Heterogenität und Dynamiken der Protest-Communities sowie die vielfältigen Diskurse und Erwartungen, die sich an die Proteste anlagerten. Selbstverständlich spielte die Treuhand als Akteur wie Referenzfläche eine wichtige mobilisierende Rolle. Allein ihre Existenz stand symbolhaft für die von vielen Zeitgenossen geteilte Ansicht, dass der Osten »krank« sei und einer »Heilung« bedurfte, was Debatten der Ostdeutschen über eine ungleichwertige Behandlung ihrer Erfahrungen, Wünsche und Interessen auflud und Protest evozierte. Zugleich standen die Proteste aber auch im Lichte eines

längerfristigen Paradigmenwechsels: des (freilich keineswegs linearen) Durchbruchs der »neoliberalen Dienstleistungsgesellschaft« mit neuen »post-materiellen« Werthaltungen und einem sich verändernden Begriff von Staatlichkeit, weg von staatlichen Interventionen, hin zu mehr individuellem Engagement (inklusive aller damit verbundenen neuen sozialen Ungleichheiten).¹⁶ Damit einher ging eine Abwertung linker Demokratie-diskurse, welche die sozial-liberale Reformära der 1970er-Jahre geprägt hatten. Die seit 1982 amtierende konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU), wenngleich sie in der Praxis keinen grundlegenden Politikwechsel vollzog, hatte für die Demokratieexperimente der sozial-liberalen Ära dagegen wenig übrig und stellte stattdessen (wie bereits in den 1970er-Jahren) den Begriff der individuellen Freiheit ins Zentrum ihrer Demokratievorstellungen.¹⁷ Dadurch aber gerieten die politischen Linken und ihre Demokratievorstellungen in die politische Defensive, die Neuorientierungen notwendig machte. Der Zusammenbruch des Sozialismus im Osten 1989 markierte schließlich den Verlust einer zentralen linken Referenzfläche.¹⁸

16 Vgl. Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl* (wie Anm. 14); Andreas Reckwitz: *Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*, Berlin 2006. Zeitdiagnostisch zum »Wertewandel« besonders Ronald Inglehart: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt am Main/New York 1989. Aus zeithistorisch-kritischer Perspektive vgl. Bernhard Dietz/Christoph Neumaier/Andreas Rödder (Hg.): *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014.

17 Vgl. Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006; Dietmar Süß: *En Route to a Post-Industrial Society? Western German Contemporary History Writing on the 1970s and 1980s*, in: *Contemporary European History* 18 (2009), S. 521–529; Meik Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik während der 1980er Jahre*, Bonn 2013. Mit Blick auf Westeuropa ferner Knud Andersen/Stefan Müller (Hg.): *Contesting Deregulation. Debates, Practices and Developments in the West since the 1970s*, New York/Oxford 2017; Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hg.): *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018.

18 Vgl. William Outhwaite: *What is Left after 1989?*, in: George Lawson/Chris Armbruster/Michael Cox (Hg.): *The Global 1989. Continuity and Change in World Politics*, Cambridge 2010, S. 76–93.

Die These von »1989« als Höhepunkt einer längeren Sinnkrise der Linken wird bislang jedoch vorwiegend als westliche Diskursgeschichte betrachtet.¹⁹ Dadurch aber geraten die Eigenlogiken und Rückkopplungseffekte der ostdeutschen und osteuropäischen Transformationen auf das politische Koordinatensystem des »Westens« aus dem Blickfeld, auf deren Relevanz Philipp Ther zuletzt aufmerksam gemacht hat.²⁰ So sahen besonders gewerkschaftliche, radikale und ehemalige SED-Linke die ostdeutschen Belegschaftsproteste als Fortsetzungsgeschichte der Revolution von 1989, die sich nun gegen einen enthemmten Kapitalismus zu richten schien und damit auch eine Chance auf einen linken Neubeginn verhieß. Ihren mit hohen Erwartungen gespickten Versuchen, über die betrieblichen Proteste neue Solidaritätsbeziehungen zu knüpfen, standen jedoch der Eigensinn der Betriebsräte, die sich zwar als politische Akteure, jedoch nicht als linke Aktivisten einer demokratischen Neuordnung begriffen, aber auch eigene Organisationsziele entgegen, die mal mehr, mal weniger mit jenem Eigensinn kompatibel waren. Zudem reagierten die staatlichen Behörden recht flexibel mit kurzfristigen politischen Zugeständnissen, die den Protesten oft die Dynamik entzogen und von Protestierenden durchaus als Erfolg ihres Protestes aufgefasst wurden. Die Reaktionen der Behörden verknüpften sich dabei auch mit einer weitverbreiteten Angst vor linkem Terrorismus, die mit einem historisch tief sitzenden administrativen Antikommunismus einherging,²¹ durch den zugleich parallele lokale Verankerungsversuche rechtsextremer Gruppen aus dem Blick gerieten, die heute eine noch viel größere Herausforderung für die liberale Demokratie sind.

19 Vgl. z.B. Sebastian Nawrat: *Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982*, Bonn 2012; Martin J. Bull: *The Radical Left since 1989. Decline, Transformation, and Arrival*, in: Eleni Braat/Pepijn Corduener (Hg.): *1989 and the West. Western Europe since the End of the Cold War*, London/New York 2020, S. 247–265.

20 Vgl. Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014.

21 Vgl. Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.): *»Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014.

2. Demokratisierung und Realpolitik: Betriebliche Proteste im postrevolutionären Übergang

Zu den Ereignissen in der DDR zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990 tobt noch immer ein Kampf um Begriffe und Deutungen, der heute – 30 Jahre später – noch einmal an Schärfe gewinnt. Zum bisherigen, kaum noch zu überblickenden Begriffskarussell von »Zerfall«, »Revolution« (mit verschiedenen vorangesetzten Adjektiven), »Refolution«, »Wende« und »Anschluss«²² hat sich jüngst der Begriff »Übernahme« gesellt. Zuletzt beschrieb Ilko-Sascha Kowalczuk mit diesem Begriff eine kollektive ostdeutsche Erfahrung, die sich auf die gesamten 1990er-Jahre erstreckte und sich bis heute im weitverbreiteten Gefühl, »Bürger zweiter Klasse« zu sein, fortsetze.²³ Zu den Trägern dieser Erfahrungen zählt Kowalczuk besonders die »Arbeiter«, mit deren »Verschwinden« im Transformationsprozess er sich bereits in einem früheren Aufsatz beschäftigt hat. Dabei hielt er aber nicht nur westdeutschen Akteuren, sondern auch den ostdeutschen Oppositionsgruppen vor, bereits während der »Revolution« wesentlich zur »historischen Konturlosigkeit ›des‹ Arbeiters« beigetragen zu haben.²⁴

Diese These mag zunächst einleuchten, gilt die ostdeutsche Revolution doch nicht gerade als Gemeinschaftswerk von Bürgerrechtlern und Bürgerrechtlerinnen und »Arbeiterklasse«.²⁵ Diese Perspektive übersieht

22 Zu diesen Begriffskämpfen vgl. Sigrid Koch-Baumgarten/Katharina Gajudukowa/Eckart Conze: »1989« – Systemkrise, Machtverfall des SED-Staates und das Aufgehen der Zivilgesellschaft als demokratische Revolution, in: dies. (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 7–24; Konrad Jarasch: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: ebd., S. 25–45.

23 Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

24 Ders.: Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Peter Hübner (Hg.): Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014, S. 539–610, hier S. 610.

25 Vgl. hierzu auch Charles S. Maier: Essay: Die ostdeutsche Revolution, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 552–575.

jedoch die vielfältigen betrieblichen Proteste, mit denen die Revolution nicht nur Einzug in den betrieblichen Alltag hielt und in deren Verlauf etliche SED-Funktionäre, Kampfgruppen und als korrupt bezichtigte Kombinatdirektoren aus ihren bisherigen Wirkungsstätten getrieben wurden.²⁶ Zugleich richteten sich die Proteste an die Kräfte des Übergangs. Dabei verstanden die Belegschaften die Proteste auch als Mittel zur Kommunikation einer Industriepolitik gemäß ihren Interessen und Ordnungsvorstellungen. Mitte Dezember 1989 interviewte der *Spiegel* drei protestierende Brigademitglieder der Rostocker Neptunwerft, die dem Nachrichtenmagazin ihre Forderungen verdeutlichten:²⁷ Der auf den Konten der SED vermutete »Volkswohlstand« sollte gerecht verteilt werden, eine »echte« Leistungsgesellschaft sollte entstehen und »ausländisches Kapital« in die Betriebe strömen. Angst vor dem Kapitalismus hatten die Interviewten nicht. Vielmehr blickten sie sehnsüchtig auf die überlegene westdeutsche Technik, die sie als den ganzen Stolz der »Arbeiterklasse« wahrnahmen. Deren Übernahme, so die Überzeugung der Interviewten, ermögliche funktionierende betriebliche Abläufe, die nicht nur der ostdeutschen Wirtschaft zu einer neuen Blüte verhelfen, sondern auch den Belegschaften ihren »Arbeiterstolz«, ja ihren »Nationalstolz« zurückgeben würden.

Aus der rückschauenden Kenntnis des Verlaufs der ostdeutschen Transformation irritieren solche Vorstellungen, die viele ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterinnen teilten²⁸ – ja sie wirken geradezu naiv. In der offenen Situation der Transformation aber bildeten sie einen von mehreren Modi der Kontingenzbewältigung. Gleichwohl verursachten die Worte der Rostocker auch aus damaliger westdeutscher Perspektive bereits Stirnrunzeln. Nicht nur sahen westdeutsche Arbeitnehmer und Arbeit-

26 Vgl. Bernd Gehrke: Die »Wende«-Streiks. Eine erste Skizze, in: ders./Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S. 247–270.

27 Die nachfolgenden Zitate in diesem Abschnitt beziehen sich auf »Der Klassenfeind kann kommen«, in: Rostocker Werftarbeiter über die DDR, den Westen und die Wiedervereinigung, in: Der Spiegel 51/1989 vom 18.12.1989.

28 Vgl. hierzu Gehrke: Die »Wende«-Streiks (wie Anm. 26), S. 269.

nehmerinnen und ihre Gewerkschaften dem technologischen Fortschritt schon lange nicht mehr so enthusiastisch entgegen wie ihre ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen,²⁹ die noch immer dem (auch von der SED vertretenen) klassischen Fortschrittsnarrativ von technischer Innovation und Wohlstand aller »Werktätigen« anhängen. Mehr noch irritierte den Interviewer der überschwängliche »Nationalstolz« der Arbeiter. Als sich einer der Befragten zu dem Satz verstieg: »Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein«, was einerseits als Bejahung der Wiedervereinigung gemeint war, andererseits die Erwartung ausdrückte, dass die von Deutschen erwirtschafteten Werte in erster Linie auch Deutschen zukommen sollten, wies der Interviewer diesen mit der Bemerkung zurecht, dass man solche Aussagen in Westdeutschland eher von »Neonazis« gewohnt sei. Schon hier deuteten sich Diskurskonflikte zwischen Ost- und Westdeutschland an, die vielfach bis heute nachwirken.

Die Vorstellung der Rostocker Brigademitglieder von einer sozialmoralischen Ordnung, in der der »Arbeiter« (und zwar vor allem der deutsche³⁰) stolz auf seine Leistungen sein konnte, sollte in ihren Augen in erster Linie mithilfe des früheren »Klassenfeindes« gleicher Nation, jedoch nicht durch Protest realisiert werden. Im Streik der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* 1980, der seinen Ausgang ebenso auf einer Werft genommen hatte, sahen die Rostocker dagegen kein leuchtendes Vorbild. Vielmehr sei es in Polen, so ihre Ansicht, um die Wirtschaft trotz Protest noch schlechter bestellt. »Arbeiter«, so die Interviewten, »sind eigentlich dazu da, Leistung zu bringen«, jedoch nicht, um zu streiken. Als letztes Mittel aber sollte ein Streik immer möglich sein. Streik war damit in den Augen der Rostocker lediglich eines von vielen politischen Kommunikationsmitteln zur Wiederherstellung einer imaginierten, von

29 Vgl. hierzu jüngst Gina Fuhrich: *Humanisierung oder Rationalisierung? Arbeiter als Akteure im Bundesprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens«* bei der VW AG, Stuttgart 2020.

30 Vgl. z. B. Ulrich van der Heyden: *Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft (1979–1990)*, Leipzig 2019; Birgit Neumann-Becker/Hans-Joachim Döring (Hg.): *Für Respekt und Anerkennung. Die mosambikanischen Vertragsarbeiter und das schwierige Erbe aus der DDR*, Halle (Saale) 2020.

der SED betrogenen Arbeitergesellschaft, die auf Leistung, selbst erwirtschaftetem Wohlstand und nationaler Solidarität gründete, nicht aber ein Medium, in dem sich die »Arbeiterklasse« als gesellschaftlich gestaltende Kraft konstituierte.

Die Ordnungs- und Protestvorstellungen der ostdeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen bewegten sich ganz im Erfahrungsraum der »verbetrieblichten Gesellschaft« der DDR, in der die »Arbeiterklasse« den Maßstab allen politischen Handelns der hegemonial herrschenden SED dargestellt hatte.³¹ Dabei konnte die Partei zu keiner Zeit im Namen der »Arbeiterklasse« durchregieren, ohne die Interessen der von ihr legitimatorisch überhöhten »Klasse« zu berücksichtigen. Das wurde ihr spätestens durch die Erfahrungen des blutig niedergeschlagenen Aufstands vom 17. Juni 1953 bewusst – ein Ereignis, das sich wie ein traumatischer Schleier über die Politik der SED legte. Seither gehörte die Angst vor einer Wiederholung von »1953« zum Kanon ihrer politischen Risikoabschätzung. Vor allem in der »Ära Honecker« (1971–1989) erlangten die Konsumbedürfnisse der »Arbeiter«, die sich zunehmend am wahrgenommenen westlichen Standard orientierten,³² eine handlungsleitende Relevanz, weshalb die 1970er- und 1980er-Jahre in der Forschung in Anknüpfung an Konrad Jarausch häufig als »Fürsorgediktatur« bezeichnet werden. Dennoch stellte das Verhältnis von Wirtschafts- und Konsumpolitik bzw. Arbeitsnormen und -bedingungen auch im Realsozialismus weiterhin ein

31 Die nachfolgenden Aussagen in diesem Abschnitt beziehen sich, sofern nicht anderweitig nachgewiesen, auf Peter Hübner: *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995; Dorothee Wierling: *Work, Workers and Politics in the German Democratic Republic*, in: *International Labor and Working-Class-History* 50 (1996), S. 44–63; Jeffrey Kopstein: *Chipping away at the State. Workers' Resistance and the Demise of East Germany*, in: *World Politics* 48 (1996), S. 391–423; Sandrine Kott: *Le communisme au quotidien. Les entreprises d'Etat dans la société est-allemande*, Paris 2001; Christoph Kleßmann: *Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, west-deutsches Magnetfeld (1945 bis 1971)*, Bonn 2007.

32 Vgl. Katherine Pence: *Antipathy and Attraction to the West and Western Consumerism in the German Democratic Republic*, in: Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hg.): *Germany and ›The West‹. The History of a Modern Concept*, New York/Oxford 2015, S. 277–292.

stetiges betriebliches Konflikt- und Verhandlungsfeld dar, was Fach- und Produktionsarbeiterinnen und -arbeitern einen beträchtlichen Einfluss auf die realsozialistische Praxis sicherte. Dazu gehörten auch Drohungen mit Arbeitsniederlegung, die allerdings nach 1953 nur noch in wenigen Einzelfällen in die Realität umgesetzt wurden. Gleichwohl kam es in den Betrieben immer wieder zu »hidden labour conflicts«, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen durch Arbeitsniederlegung oder Nichterscheinen den empfindlichen Planablauf zu stören und so Arbeitsnormen und Löhne in ihrem Sinne auszuhandeln vermochten. Dass sie es verstanden, der Wirtschaftspolitik der SED »von unten« Grenzen aufzuerlegen, trug freilich zum Untergang jenes Regimes bei, das ihnen Einfluss im Lokalen ermöglicht hatte.

Wer aber sollte die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen künftig vertreten? Die SED/PDS wurde von weiten Teilen der ostdeutschen Belegschaften mit »Chaos« assoziiert, die ehemaligen »Blockparteien« sowie die aus den Bürgerrechtsbewegungen hervorgegangenen Parteien standen dagegen im Verdacht, einen industriefeindlichen Kurs einzuschlagen.³³ Und Letztere standen zudem den Forderungen vieler Belegschaften nach einer baldigen Wiedervereinigung ablehnend gegenüber. Lediglich im Herbst 1989 hatten sich zwischen Bürgerrechtlern, Friedens- wie Umweltbewegten und Belegschaftsvertretern partielle Bündnisse gebildet, die dem gemeinsamen Ziel verpflichtet waren, die Macht der alten Eliten zu brechen. Als dieses Ziel in den Betrieben erreicht war und konkrete Transformationsprobleme in den Fokus rückten, brachen diese Bündnisse häufig auseinander. Die Rostocker Brigademitglieder legten all ihre Hoffnungen dagegen in die Hände einer »starke[n] Gewerkschaft«, »weil die schließlich der einzige Interessenvertreter sein wird«. Diese Gewerkschaft musste freilich »'ne andere [...] als bisher« sein.³⁴

33 Aktennotiz über ein Gespräch mit zwei Kollegen aus der DDR am 5. Januar 1990 im Bezirk Niedersachsen, o.D., Archiv für soziale Bewegungen, Bochum (AfsB), IG CPK, 257, unfol.

34 »Der Klassenfeind kann kommen«, in: Rostocker Werftarbeiter über die DDR, den Westen und die Wiedervereinigung, in: Der Spiegel 51/1989 vom 18.12.1989.

Der bis dahin als Transmissionsriemen der SED bis hinein in die Betriebe fungierende Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) musste sich, wollte er weiterbestehen, als Reformkraft präsentieren und zugleich gründlich mit seiner SED-Vergangenheit aufräumen. Ersteres gelang schnell, Letzteres misslang gründlich. Bereits zur ersten Sitzung des Runden Tisches am 7. Dezember 1989 gelang dem FDGB die Aufnahme in den Kreis der um eine reformierte DDR streitenden Gruppen. Dabei stellten die betrieblichen Proteste und die mancherorts sogar aufflammenden Diskussionen über einen Generalstreik, wie er Ende November 1989 in der ČSSR stattgefunden hatte, einen wichtigen Bezugspunkt dar. Denn die Oppositionsgruppen befürchteten, dass die »Arbeiter nicht nur die bisher bestehende Regierungsseite kaputt [stürmen], sondern [...] auch uns kaputt [machen]« würden.³⁵ Der FDGB sollte damit als Scharnier zwischen den Betrieben und dem Runden Tisch agieren, während er in den Betrieben zugleich massiv an Macht verlor. Dort bildeten sich vielerorts Betriebsräte in Abgrenzung zum FDGB heraus, die vom Runden Tisch allerdings nicht als politische Kräfte wahrgenommen wurden. Sie stützten sich dagegen auf den bundesrepublikanischen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Gewerkschaften, die damit schon früh in die Geschehnisse in der DDR einbezogen waren, auch wenn ihre Spitzengremien diesbezüglich zunächst zwischen Einmischung und Abwarten schwankten. Dies wiederum ermöglichte dem FDGB die Durchsetzung eines Gewerkschaftsgesetzes, das dem Ost-Gewerkschaftsbund alle bisherigen verfassungsmäßigen Rechte (vor allem Initiativrecht und Veto bei Gesetzesvorhaben) sowie ein umfassendes Streikrecht zusicherte und Aussperrungen verbot.

Die Debatte um das Gewerkschaftsgesetz der DDR zwang den DGB und seine Gewerkschaften jedoch, ihre bisherige passive Haltung aufzugeben. Denn in den Betrieben wurde das Gewerkschaftsgesetz als Instrument im Kampf gegen Betriebsräte eingesetzt, wobei sich der FDGB

35 Wortprotokoll der 1. Sitzung des Runden Tisches am 7.12.1989, in: Uwe Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. 1: Aufbruch, Wiesbaden 2000, S. 38.

argumentativ auf diejenigen Betriebsräte stützte, deren Bildung von Betriebsleitern gefördert worden war. Dabei schürte der FDGB bewusst Ängste vor einem »Ausverkauf« der Betriebe, ohne freilich mit einer eigenen Transformationsstrategie aufwarten zu können.³⁶ Manche FDGB-Funktionäre instrumentalisieren das Gewerkschaftsgesetz aber auch als bessere Alternative zum westdeutschen Betriebsverfassungsgesetz, unter dem alle Betriebsräte »gekaufte Interessenvertreter« seien, da ihnen das Gesetz die Fortzahlung ihres bisherigen Gehalts zusicherte.³⁷ Am Runden Tisch hingegen betonte der FDGB die Kompatibilität des Gewerkschaftsgesetzes mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«, in denen die Sicherung des »Volkseigentums«, d. h. aller von den Bürgern und Bürgerinnen der DDR erbrachten Leistungen, eine zentrale Rolle spielte.³⁸ So begründete der Vertreter des FDGB Siegfried Saler das Gewerkschaftsgesetz am 5. Februar wie folgt: »Jede Kapital- und Strukturmaßnahme im Betrieb« und jeder »Abbau von Subventionen« verlange einen »ausgewogenen Ausgleich«. Nur so lasse sich das »Volkseigentum« sichern.³⁹ Das passte zur Entwicklung der Debatten am Runden Tisch, wo die Angst vor einem »Ausverkauf« der gesamten DDR (nicht nur der Betriebe) zunehmend die Oberhand gewann, nachdem sich die Modrow-Regierung Ende Januar 1990 von den Debatten der Oppositionsgruppen gelöst und sich der Bundesregierung als Problemlöserin angenähert hatte. Zudem argumentierte der FDGB mit Forderungen des DGB, die sich im Gewerkschaftsgesetz widerspiegeln, so etwa das

36 Bericht zum Praxiseinsatz der Studenten der Gewerkschaftshochschule »Fritz Heckert« vom 08.01.–12.01.1990, o. D., Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch Berlin), DY 34/13540, unfol.

37 IG CPK, Verwaltungsstelle Hamburg, an IG CPK, Hauptvorstand, Hermann Rappe, Entwicklung in der DDR, 5.2.1990, AfsB, IG CPK, 230, unfol.

38 Zur Bedeutung des Begriffs »Volkseigentum« in den Debatten am Runden Tisch vgl. Rüdiger Schmidt: Die ökonomische Seite der Freiheit. Die Bürgerrechtsbewegung und das »Volkseigentum«, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 119–138.

39 Wortprotokoll der 11. Sitzung des Zentralen Runden Tisches der DDR am 5. Februar 1990, in: Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR, Bd. 3: Neuer Machtkampf (wie Anm. 35), S. 656.

Streikrecht und das Aussperrungsverbot, während seine Funktionäre in den Betrieben zugleich massiv gegen andere Errungenschaften des DGB wetterten.⁴⁰

So nahmen der DGB und seine Gewerkschaften die Verabschiedung des Entwurfs des Gewerkschaftsgesetzes auf dem außerordentlichen Kongress des FDGB am 1. Februar 1990 als »mit dem Demokratieverständnis des DGB nicht vereinbar« wahr.⁴¹ Es sei vielmehr als Ausdruck der »Hilflosigkeit der ›gewerkschaftlichen Basis« zu werten, die einerseits »ausländische[s] Kapital und Know how« willkommen heiße, andererseits aber »Angst vor den sozialen Auswirkungen diese[r] Entwicklung« habe, »ohne jedoch diese konkret zu beschreiben.«⁴² Damit hatte nun auch der DGB einen triftigen Grund, sich stärker in der DDR zu engagieren. Bereits am 20. Februar sicherte DGB-Chef Ernst Breit Bundeskanzler Kohl seine Unterstützung für das Vorhaben der Währungsunion zu, freilich unter der Bedingung einer stärkeren Beteiligung der Gewerkschaften an den (sozial-)politischen Weichenstellungen.⁴³

Zugleich begannen die Mitgliedsgewerkschaften, ihren Einfluss auf die ostdeutschen Betriebe zu erhöhen, um dort eine Interessenvertretung nach westdeutschem Muster aufzubauen. Am 11. Juli 1990 wurde von der aus der Volkskammerwahl vom 18. März hervorgegangenen DDR-Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) auf Druck des DGB eine gesetzliche Grundlage zur Bildung von Betriebsräten geschaffen.⁴⁴ Damit wurden die

40 Vgl. Wortprotokoll der 12. Sitzung des Zentralen Runden Tisches der DDR am 12. Februar 1990, in: ebd., S. 712.

41 DGB, Abt. Gesellschaftspolitik, Protokoll: Arbeitsgruppensitzung zur deutschlandpolitischen Situation mit den Beauftragten der Gewerkschaften am 16.2.1990 in Düsseldorf, 20.2.1990, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), 5/IGMZ100764, unfol.

42 DGB, Abt. Vorsitzender, Bericht über den außerordentlichen Kongress des FDGB am 31.1./1.2.1990, o.D., AdsD, 5/IGMZ100766, unfol.

43 Vgl. Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006, S. 288.

44 Vgl. Verordnung zu Übergangsregelungen bis zur erstmaligen Wahl der Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Juli 1990, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 44 vom 27. Juli 1990, S. 715; Christian Rau: Interview mit Werner Milert am 27.11.2018, Transkript (im Besitz des Autors), S. 6.

DGB-Gewerkschaften aber auch mit der für sie überraschenden Tatsache konfrontiert, dass sich das westdeutsche Modell nicht eins zu eins auf Ostdeutschland übertragen ließ. Vor diesem Hintergrund gerieten nun die Betriebsräte vielfach als Unsicherheitsfaktoren ins Visier der westdeutschen Gewerkschaften – so etwa in Dresden, wo das zwischenzeitlich eingerichtete Büro der westdeutschen Industriegewerkschaft (IG) Metall fünf Tage nach Veröffentlichung der Verordnung 15 verschiedene Varianten aufzählte, nach denen sich Betriebsräte im Bezirk konstituiert hatten. Nicht einmal die Hälfte der Betriebsräte sei nach den Grundsätzen der Übergangsregelung gewählt worden, was mit Blick auf bevorstehende Verhandlungen mit westdeutschen Unternehmen als brandgefährlich galt.⁴⁵ Anstatt sich aber der Schulung und Beratung von Betriebsräten zu widmen, verlagerten die Gewerkschaften ihren Fokus auf den Organisationsaufbau im Osten. Die ostdeutschen Betriebsräte nahmen ihre neue Rolle dagegen bald häufig als wenig einflussreich wahr, was sie jedoch nicht unbedingt den politischen und wirtschaftlichen Umständen, sondern häufig der neuen Gesetzeslage anlasteten. So gaben Mitglieder des Betriebsrats der Helikon GmbH Berlin am 22. Februar 1991 in einem Interview mit Soziologen der Freien Universität Berlin zu Protokoll:

»Gegenwärtig vertritt der Betriebsrat die Auffassung, dass durch das BetrVG [Betriebsverfassungsgesetz] weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten bestehen als der Text zunächst vermuten läßt. Auf die Rolle, zwischen Belegschaft und Geschäftsführung zu vermitteln, war man zunächst nicht eingestellt. Wobei die Differenzen zur Geschäftsleitung ohnehin nicht besonders groß sind und die Sanierungspläne der Geschäftsleitung anerkannt werden. Eigene Pläne oder sonstige Initiativen zur Zukunft des Betriebes waren bisher nicht Gegenstand der Arbeit des Betriebsrates.«

Die größte Niederlage sei es gewesen, dass es ihnen nicht gelungen war, den ehemaligen Betriebsleiter und damit die »Partei« aus dem Betrieb zu

45 Vgl. IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstandsverwaltung, Büro Dresden, an IG Metall Ost, Dresden, 16.7.1990, AdsD, 5/IGMZ100951, unfol.

vertreiben, was aus Sicht der Betriebsräte ein grundlegender Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung ihres Betriebs gewesen wäre.⁴⁶ Das Beispiel zeigt, wie sehr die Erwartungshaltungen ostdeutscher Betriebsräte auch Monate nach der Wiedervereinigung noch in den Diskursen des Umbruchs im Herbst/Winter 1989 verhaftet waren. Dabei taten sich bereits Monate vor der Wiedervereinigung grundlegende Spannungen zwischen westdeutschen Gewerkschaften und ostdeutschen Betriebsräten auf. Erstere kritisierten Letztere dafür, eine wirksame Interessenvertretung durch nicht ordnungsgemäßes Verhalten zu behindern, die Betriebsräte hingegen bewerteten ihre neuen Handlungsspielräume im Vergleich zum kurzen Revolutionsherbst und -winter als gering. Die Beschränkung ihrer praktischen Arbeit auf sozialpolitische Aushandlungen im Betrieb trug indes zur Steigerung des mentalen Wertes des »Volkseigentums« als politische Ressource bei. So sollten der Belegschaft – wenn man schon die Betriebe selbst nicht retten konnte – zumindest großzügige Sozialpläne zugutekommen, bevor es alte oder neue Eliten »verscherbelten«.⁴⁷

3. Gespaltene Gewerkschaften: Die IG Metall und die Treuhandproteste vom Frühjahr 1991

Im Frühjahr 1991 hatte die Treuhand eine harte Bewährungsprobe zu bestehen. Überall in Ostdeutschland protestierten vermehrt Belegschaften gegen den so nicht erwarteten rasanten Verlust von Arbeitsplätzen und die Schließung zahlreicher Betriebe. Schon in den Monaten zuvor hatte es vereinzelt Proteste gegen die Treuhand gegeben. Aber erstmals zogen die Protestierenden auch in Massen vor die Berliner Behörde, die Proteste erreichten einen ersten kritischen Punkt. Am Rednerpult stand mit Franz

46 Martin Jander/Stefan Lutz, Protokoll des Gesprächs mit dem Betriebsrat des VEB Helikon/Helikon GmbH am 22.2.1991, Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin (RHG), Privatarchiv (PA) M. Jander, MJ 57, unfol.

47 Ebd., unfol.

Steinkühler auch ein prominenter westdeutscher Gewerkschaftschef, der die Treuhand wortgewaltig als »Schlachthof« des Ostens beschimpfte und den Umbau der Behörde in eine Industrieholding forderte. Überschattet wurden die Proteste aber auch von gewalttätigen Aktionen linksterroristischer Gruppen, die sich dem Umfeld der Roten Armee Fraktion (RAF) zuordneten und sich auch zum Mord an Treuhandpräsident Detlev Karsten Rohwedder an Ostern 1991 bekannten. Das tragische Ereignis wird von der Forschung als Anfang vom Ende der ersten »überregionalen Protestbewegung« gegen die Treuhand bewertet.⁴⁸

Doch lässt sich hierbei tatsächlich von einer »Bewegung« sprechen? In der Tat spielten die IG Metall bzw. die Gewerkschaften als Hoffnungsträger und die Erinnerung an die Revolution von 1989 noch immer eine zentrale Rolle für die Mobilisierung und kollektive Sinnstiftung der Belegschaften. Wie kaum eine andere Gewerkschaft symbolisierte die IG Metall für viele Beschäftigte das ostdeutsche Idealbild von einer »starken Gewerkschaft«. Schließlich hatte Steinkühler im Herbst 1990 als einziger der vorgesehenen Gewerkschaftschefs medienwirksam einen Sitz im Treuhand-Verwaltungsrat abgelehnt. Als sich in Thüringen im Februar 1991 erstmals eine regionale Betriebsräteinitiative formierte, wandte diese sich explizit an Steinkühler und forderte ihn auf, der Politik der Treuhand entgegenzutreten, um einen »sozialen Flächenbrand« im Land zu verhindern.⁴⁹ Für ihn ergab sich damit die Chance, eigene Reformkonzepte in die Debatte einzuspeisen. Dabei konnte die IG Metall auf einen großen Vertrauensvorschuss der ostdeutschen Basis in die Problemlösekompetenz der Gewerkschaft bauen. Zwischen 1990 und 1991 hatte die Gewerkschaft rund eine Million Neumitglieder im Osten hinzugewonnen.⁵⁰ Das

48 Den Forschungsstand zusammenfassend Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? (wie Anm. 8), S. 175.

49 Thüringer Betriebsräteinitiative an Franz Steinkühler, Offener Brief des ersten »Runden Tisches« von Thüringer Betriebsräten, 14.2.1991, AdSD, 5/IGMZ100915, unfol.

50 Vgl. Martina Dorsch: Statistisches Material zur Mitgliederentwicklung der acht größten Einzelgewerkschaften und des DGB, in: Joachim Bergmann/Rudi Schmidt (Hg.): Industrielle Beziehungen. Institutionalisierung und Praxis unter Krisenbedingungen, Opladen 1996, S. 237–253, hier S. 241.

entsprach rund der Hälfte der noch 1989 in der ostdeutschen IG Metall organisierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.⁵¹

Als die IG Metall ihr verheißungsvolles Transformationskonzept für den Osten, die Umwandlung der Treuhand in eine Industrieholding mit gesetzlich geregelter Mitbestimmung, formulierte, befand sich die zum linken Flügel des DGB zählende Gewerkschaft aber bereits in der politischen Defensive. Noch Ende der 1980er-Jahre hatte die IG Metall an der Speerspitze sozialdemokratisch-sozialistischer Gewerkschaftspolitik gestanden und für einen »dritten Weg« zwischen einem enthemmten Kapitalismus und einem Sozialismus sowjetischer Prägung plädiert. Im Kern bestand Steinkühlers Vorstellung in einer sozialen und ökologischen Strukturpolitik im Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen und reihte sich damit in den Kanon linker Gegenkonzepte zur »neokonservativen« Politik der Regierung Kohl ein.⁵² Aber nicht nur innerhalb des DGB waren Steinkühlers Vorstellungen heftig umstritten, insbesondere bei den »rechten« Gewerkschaften, die für ein sozialpartnerschaftliches Verhandlungsmodell standen und eng mit der Kohl-Regierung zusammenarbeiteten. Auch an der Funktionärsbasis der IG Metall sorgten Steinkühlers Ideen für Kritik. Denn diese vertrat eine weitgehend homosoziale Mitgliederbasis (weiß, männlich, Facharbeiter), deren dominierende Rolle im Gewerkschaftsdiskurs Steinkühler massiv infrage stellte, und sie verfügte über einen im Vergleich zu anderen Gewerkschaften relativ großen Handlungsspielraum, der durch die zunehmende Übermacht des Vorstandes bedroht schien. An der Basis nahm man Steinkühler daher oft als »autoritär« und »selbstherrlich« wahr.⁵³

51 Vgl. Mitglieder nach IG, Stand 1989, BArch Berlin, DY 34/13739, Bl. 148–150.

52 Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982–1990 (wie Anm. 17), S. 261–264; Franz Steinkühler: Die andere Zukunft gestalten, in: IG Metall (Hg.): Wofür wir streiten: Solidarität und Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988, Köln 1989, S. 510–534; Bundeskanzleramt, Roland Tichy, Dokumentation: Angriffe der Gewerkschaften auf die Politik und Mitglieder der Bundesregierung, 10.7.1985, Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz), B 136/24157, unfol.

53 FDGB Zentralvorstand, IG Metall, Information für das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB, Bericht der Delegation des Zentralvorstandes IG Metall des FDGB über die Teilnahme am 16. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im DGB vom 22.10. bis 28.10.1989 in Berlin-West, o.D., BArch Berlin, DY 46/4684, unfol.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und der absehbaren Wiedervereinigung erfuhr der »rechte«, auf Erhalt gesellschaftlicher Besitzstände ausgerichtete Flügel im DGB eine weitere Aufwertung gegenüber »linken« Ansätzen. Im konservativ-liberalen Mediendiskurs wurde das frühe Eintreten der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) und ihres Vorsitzenden Hermann Rappe für eine schnelle Wiedervereinigung lobend hervorgehoben, während Steinkühler vorgeworfen wurde, an der Zweistaatlichkeit festzuhalten, »damit die sozialistische Eigenständigkeit im anderen Teil Deutschlands gesichert werde«.⁵⁴ Auch im DGB vollzog sich mit dem Wechsel von Ernst Breit zu Heinz-Werner Meyer an der Spitze Ende Mai 1990 ein Richtungswechsel weg von älteren sozialdemokratisch-sozialistischen Positionen hin zu mehr Pragmatismus und Kooperation mit Staat und Wirtschaft. Vor allem die gewaltige Herausforderung der ostdeutschen Transformation schien diesen Richtungswechsel zu rechtfertigen. Stand die IG Metall in Westdeutschland damit vor der Herausforderung einer DGB-internen Machtverschiebung, die den Handlungsspielraum der Gewerkschaft einzuengen drohte, hatte man es in der DDR mit einer »Schwester«-Gewerkschaft zu tun, deren Vorsitzender Hartwig Bugiel mit Unterstützung lokaler westdeutscher IG-Metall-Funktionäre für weitreichende Mitbestimmungskonzepte, die auf Mehrheitsbeteiligungen der Belegschaften an den Betrieben basierten, warb, die aus Sicht des westdeutschen Gewerkschaftsvorstands aber »den Rahmen, den wir noch vertreten können«, sprengten.⁵⁵ Damit verfestigte sich auch im Vorstand der Eindruck, dass die »IGM in der DDR im Vergleich zu den anderen DDR-Gewerkschaften die unbeweglichste und rückständigste Haltung einnimmt« und »fast bis zuletzt dem FDGB die Stange gehalten« habe.⁵⁶ Steinkühler leitete auch deshalb schon im Sommer 1990 die Übertragung der westdeutschen Gewerkschaftsstrukturen auf Ostdeutschland ein.

54 Verabschieden sich jetzt auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik vom Sozialismus?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.1.1990.

55 Karl Pitz an Franz Steinkühler, 10.5.1990, AdsD, 5/IGMZ220320, unfol.

56 Karlheinz Blessing an Franz Steinkühler, Bericht Deutsch-deutsche Arbeitsgruppe, 16.5.90, 17.5.1990, AdsD, 5/IGMZ100573, unfol.

Dass die zu lösenden praktischen Probleme der ostdeutschen Transformation das »rechte« DGB-Lager aber weiterhin stärkten, erfuhr Steinkühler, als die Gewerkschaften unerwartet um die Mitbestimmung in der Treuhand kämpfen mussten. Dabei hatte es für die IG Metall zunächst gut ausgesehen, denn die im Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 als Ebene zwischen der Behörde und den Betrieben vorgesehenen Treuhand-Aktiengesellschaften unterlagen den Mitbestimmungspflichten der Bundesrepublik und sicherten der IG Metall (angesichts der Vielzahl von Unternehmen der Stahl- und Metallindustrie im Osten) allein ein Viertel der gewerkschaftlichen Mandate.⁵⁷ Die plötzliche Entscheidung des neuen Treuhandpräsidenten Rohwedder jedoch, von der Bildung der AGs abzusehen und stattdessen regionale Niederlassungen ohne echte Mitbestimmungsrechte zu etablieren, machte es notwendig, die gewerkschaftliche Mitbestimmung auf höchster politischer Ebene zu erstreiten. Dabei waren es Rappe und Meyer, die auf der Grundlage ihrer guten Beziehungen zum Bundeskanzleramt die Modalitäten der gewerkschaftlichen Mitbestimmung verhandelten. So zogen im Herbst 1990 vier Gewerkschaftsvertreter in den 23-köpfigen Verwaltungsrat, das Aufsichtsgremium der Treuhand, ein: die Vorsitzenden des DGB, der IG CPK, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und ein Vorstandsmitglied der IG Metall. Wie sehr Letztere mit dem Verhandlungsergebnis haderte, zeigt sich nicht nur darin, dass Steinkühler das ihm angetragene Mandat ablehnte, sondern auch in den internen Debatten: Bundeskanzler »Kohl braucht sich vor den Gewerkschaften nicht zu fürchten, solange er mit dem DGB-Vorsitzenden und dem Vorsitzenden der IG Chemie gut kann«, so Steinkühlers persönlicher Referent Karlheinz Blessing am 20. September 1990.⁵⁸

Einzig die sich zunehmend gegen die Treuhand richtende öffentliche Stimmung bot Steinkühler noch eine Chance, den Einflussverlust innerhalb des DGB aufzuhalten und gewerkschaftliche Alternativkonzepte

57 Vgl. Gliederung der von der Treuhandanstalt zu gründenden Treuhand-Aktiengesellschaften [mit handschriftlichen Anmerkungen Hermann Rappes], o. D., AfsB, IG CPK, 302, unfol.

58 Karlheinz Blessing an Franz Steinkühler, 20.9.1990, AdsD, 5/IGMZ100573, unfol.

durchzusetzen. So warb er nach dem Jahreswechsel 1990/91 verstärkt in den Medien für den Umbau der Treuhand in eine Industrieholding, die aus der Privatisierungsbehörde einen strukturpolitischen Akteur im Sinne von Steinkühlers »drittem Weg« machen sollte und die den Mitbestimmungsgesetzen unterliegen würde. Anfang März schlug er mit Blick auf das anwachsende Protestpotenzial im Osten erstmals eine zentrale Kundgebung des DGB vor der Treuhand vor. Sie sollte unter dem Motto »Gegen wirtschaftlichen Kahlschlag – für eine soziale Zukunft« stehen, gewerkschaftliche »Alternativen unüberhörbar verdeutlichen« und um »die Landesregierungen der O-Länder und die Kommunen als Bündnispartner« werben.⁵⁹ Der DGB wies das Ansinnen jedoch ab und die IG Metall rief schließlich allein zu einer Kundgebung vor der Treuhand am 15. März 1991 auf, der rund 2000 Betroffene folgten.⁶⁰ Zeitgleich wurde in Leipzig unter Beteiligung der IG-Metall-Bezirksstelle an die Tradition der Montagsdemonstrationen angeknüpft, die sogar rund 60 000 Menschen auf die Straßen brachte.⁶¹ Siegesicher kündigte Steinkühler am 26. März für den 17. April eine weitere Kundgebung vor der Treuhand an, zu der »mehr als hunderttausend Arbeitnehmer zwischen Rostock und Riesa« kommen würden.⁶²

Dass parallel auch die PDS zum Protest vor der Treuhand mobilisierte, nahm Steinkühler, der nie einen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber der SED gemacht hatte, hin. Dabei spielten Vergleiche zwischen der Treuhand und der Stasi bzw. zwischen Helmut Kohl und Erich Honecker auch in der lokalen Protestkultur nach wie vor eine wichtige Rolle für die Mobi-

59 IG Metall, VB 01, Franz Steinkühler, Vorlage für die Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am: 4. März 1991, Betr.: Zentraler Aktionstag in den fünf neuen Bundesländern »Gegen wirtschaftlichen Kahlschlag – für eine soziale Zukunft«, o. D., AdsD, 5/IGMZ210780, unfol.

60 Vgl. Keine Heiterkeit im Regen. IG-Metall-Kundgebung vor der Treuhandanstalt, in: Der Tagesspiegel vom 16.3.1991.

61 Vgl. Tradition der Montagsdemonstrationen lebt wieder auf, in: Morgenpost vom 19.3.1991.

62 Franz Steinkühler, Pressekonferenz, Berlin, 26.3.1991, RHG, MJ 55, unfol.; »Von Sonntagsreden die Nase voll«. Betriebsräte-Konferenz der IG Metall in Berlin – Vorwürfe gegen die Treuhand, Kritik an der Gewerkschaft, in: Die Welt vom 28.3.1991.

lisierung der Belegschaften, was ein Bündnis zwischen der IG Metall und der PDS schon per se ausschloss.⁶³ Die PDS setzte dem aber nicht nur die Forderung »Treuhand in die Produktion« entgegen, eine Abwandlung der Revolutionsparole »Stasi in die Produktion«. Das ihr nahestehende *Neue Deutschland* reaktivierte zudem die ältere marxistische These vom Faschismus als Produkt eines pervertierten Kapitalismus und zog populistische Vergleiche zwischen der Treuhand und den Nazis.⁶⁴ Am 25. März rief die PDS zu einer eigenen zentralen Kundgebung auf, der bereits 5000 Menschen folgten.⁶⁵ In ihren Forderungen bezog sich die PDS, anders als die IG Metall, auf die Treuhanddebatten in der Volkskammer vom Juni 1990. So erinnerte die Partei im Bundestag im März 1991 daran, dass die Volkskammer der Regierung einst den Auftrag gegeben hatte, Vermögen und Rechte der Treuhand nach der Wiedervereinigung den Ländern zu übertragen.⁶⁶ Der Auftrag wurde nicht umgesetzt, auch weil man die Länder in Bonn aus Erfahrungen der alten Bundesrepublik eher als Bremsklötze der Privatisierung wahrnahm.⁶⁷ Aber auch in der IG Metall fanden die Vorstöße der PDS und ein darauf aufbauender späterer Gesetzentwurf keine Unterstützung, vielmehr lehnte man sie hier schon allein deshalb ab, weil man die Partei weiterhin als politischen Gegner betrachtete.⁶⁸

Aber nicht nur die Ermordung Rohwedders an Ostern 1991 versetzte den Protesten einen deutlichen Dämpfer, sodass zu der von Steinkühler

63 Vgl. »Autoritäre und rechtswidrige Stasi-Methoden«. Aufsichtsräte des Eisenacher Autowerkes legen Amt aus Protest gegen die Treuhand nieder, in: *Der Morgen* vom 13.3.1991.

64 Vgl. *Neues Deutschland Spezial* vom 22.3.1991.

65 Vgl. Denkanstöße vom Alex für Bonn, in: *Neues Deutschland* vom 25.3.1991.

66 Vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/243, Entschließung der Gruppe der PDS/Linke Liste zum Entwurf eines Gesetzes über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen (SpTruG), 12.3.1991, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/002/1200243.pdf> (Zugriff am 29.6.2020).

67 Vgl. BMF, UAL I C an Staatssekretär Horst Köhler, Betr.: Treuhandgesetz, hier: Ihr Gespräch mit Staatssekretär Krause am 20. Juni 1990, 20.6.1990, BArch Koblenz, B 126/145464, unfol.

68 Vgl. IG Metall, Vorstand, Abt. BR/BVR/M76, Manfred Schumann, Stellungnahme zum Entwurf eines Treuhandgesetzes der Gruppe PDS/Linke Liste, 14.6.1991, AdSD, 5/IGMZ520391, unfol.

angekündigten Kundgebung vor der Treuhand am 17. April anstatt der erwarteten 150 000 »nur« noch 35 000 Menschen kamen. Auch hatten die Bonner Ministerien bereits Anfang März auf den Unmut der Belegschaften reagiert und das Thema Sanierung ganz oben auf die Agenda der Treuhand gesetzt. Ein »rein betriebswirtschaftliche[s] Vorgehen«, so ein auch im DGB zirkulierendes internes Papier des federführenden Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 5. März 1991, sei »in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht nicht akzeptabel«. ⁶⁹ So musste sich Steinkühler im April nun vom *Spiegel* die Frage gefallen lassen, wegen die IG Metall im Osten noch demonstriere, wenn »die Regierung immer mehr auf Ihren Kurs einschwenkt«. Auch mutmaßte der Interviewer, dass es der Gewerkschaft »vielleicht nur« um Mitgliederwerbung gehe. ⁷⁰ Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, hatte der IG Metall sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) bereits am 16. April sogar vorgeworfen, die Montagsdemonstrationen gezielt missbraucht, die ostdeutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verhöhnt, die westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder verprellt und der PDS den Boden bereitet zu haben. ⁷¹ Dabei handelte sich keineswegs nur um eine antikommunistisch motivierte Diffamierungskampagne. Vielmehr trafen Bohls Worte auf eine besonders unter Westdeutschen verbreitete Angst vor einem radikalen Linksrutsch, wie eine Welle entrüsteter Briefe westdeutscher Selbstständiger und Angestellter an Steinkühler deutlich machte, in denen der Gewerkschaftschef als »geistiger Mittäter« der RAF und »Rufmörder« Rohwedders beschimpft wurde. ⁷²

69 BMF, VIII B, Vermerk, Betr.: Die Rolle der THA und ihre Zusammenarbeit mit den neuen Bundesländern und dem Bund im Lichte der Sanierungsaufgabe, 5.3.1991, Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH – HStA Weimar), 6-82-1001, Nr. 1193, Bl. 114.

70 »Eine Pleite hoch vier«. IG-Metall-Chef Franz Steinkühler über die ostdeutsche Wirtschaft und die Rolle der Gewerkschaften, in: *Der Spiegel* 18/1991.

71 Vgl. Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, an die Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Monika Wulf-Mathies, 16.4.1991, AdsD, 5/DGAI002219, unfol.

72 Vgl. zahlreiche Briefe an Franz Steinkühler in AdsD, 5/IGMZ100702.

Die Debatte um linke Gewalt ließ jedoch einen Faktor aus dem Blickfeld geraten, der für Steinkühler auch einen Motivationsgrund gebildet hatte, sich an die Spitze der Proteste zu stellen: die von den Gewerkschaften schon im Frühjahr 1990 beobachteten Umtriebe rechtsextremer Gruppen im Umfeld der ostdeutschen Belegschaften.⁷³ Steinkühler selbst wurde mit einem tiefsitzenden und längst überwunden geglaubten biologischen Rassismus unter ostdeutschen Arbeitern und Arbeiterinnen konfrontiert, nachdem die IG Metall im März 1991 mit den Arbeitgeberern einen Stufentarifvertrag für Ostdeutschland abgeschlossen hatte, der eine Angleichung der Ostlöhne auf 100 Prozent bis 1994 vorsah. Viele Gewerkschaftsmitglieder, die sich angesichts der rasanten Arbeitsplatzverluste und Verteuerung der Lebenshaltungskosten seit 1991 eine schnellere Angleichung der Löhne erhofft hatten, sahen darin aber ihre Enttäuschung vom Westen nun auch in der eigenen Gewerkschaft gespiegelt. In Verbindung mit der gleichzeitigen Asyldebatte, die ähnliche Rassismen auch unter Westdeutschen zum Vorschein brachte,⁷⁴ konnten Enttäuschungen und Abstiegsängste im Osten latente Überfremdungsgefühle befördern, die sich in einer Vielzahl von Drohbriefen an Steinkühler entluden. Ein besonders drastisches Beispiel eines anonymen IG-Metall-Mitglieds sei stellvertretend angeführt:

»Ich bin IG-Metaller, aber was Ihr da macht, daß [sic!] ist für uns ebenso in der (ehemaligen DDR) ein weiterer Sturtz [sic!] in die Tiefe. Bei euch werden die Löhne durch Streiks erpresst, und was soll nun mit uns hier in dem Osten werden? Wir kommen dann wohl noch unter die Türken und was weiß ich, was ich da noch alles für Untermenschen wir in euren Augen alles sein mögen [sic!]. Ja wir sollen nur immer für euch die Dummen spielen.«⁷⁵

73 Vgl. Dieter Schmidt an Lorenz Schwegler, 30.1.1990, AfsB, IG CPK, 300, unfol.

74 Wie sehr ähnliche Überfremdungsängste auch in der westdeutschen Gesellschaft verankert waren, zeigt Christopher A. Molnar: »Greetings from the Apocalypse«. Race, Migration, and Fear after German Reunification, in: Central European History 54 (2021), S. 491–515.

75 Anonymer Brief an Franz Steinkühler, o. D. [Frühjahr 1991], AdsD, 5/IGMZ101142, unfol.

Freilich versuchte Steinkühler nach dem Rohwedder-Mord, auf den im öffentlichen Diskurs verborgenen Rassismus unter ostdeutschen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen hinzuweisen, um auf die damit verbundene Gefahr von rechts aufmerksam zu machen und die öffentlichen Anschuldigungen gegen ihn zu entkräften. In einem persönlichen Brief an Bundeskanzler Kohl vom 12. April 1991 machte er die Unterwanderungsversuche durch rechte Gruppen zum Leitmotiv und stellte klar, dass »die IG Metall noch in der Lage« sei, die Gefahr von rechts abzuwehren.⁷⁶ Dieser Brief aber blieb unbeantwortet. Zugleich unterließ es auch Steinkühler, den Rassismus ostdeutscher Arbeiter und Arbeiterinnen öffentlich zu thematisieren, wohl um die ohnehin aufgeheizte Situation nicht noch zusätzlich zu dynamisieren, die zum Teil von der Gewerkschaft enttäuschte ostdeutsche Klientel nicht weiter zu verprellen und sich weitere Chancen zur Durchsetzung seines Holdingkonzepts zu wahren. Steinkühler erreichte zumindest, dass sich die Treuhand im Herbst 1991 hochhoffiziell damit befasste. Diese lehnte die Pläne freilich ab, womit sie endgültig vom Tisch waren.⁷⁷

Der Mord an Rohwedder stellte für das Gros der Protestierenden eine moralische Grenzüberschreitung dar, die dem Leitbild des anständigen Arbeiters schadete, und stärkte damit das »rechte« DGB-Lager weiter. Hermann Rappes Aufruf vom Mai 1991, man müsse nun »die THA [Treuhandanstalt] unterstützen«,⁷⁸ fand bereits im Juni als »neues Denken« Eingang in allgemeine DGB-Konzepte zur ostdeutschen Transformation. Nun sollten alle »entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte an einen Tisch« gebracht werden, wobei die IG CPK als leuchtendes Vorbild genannt wurde.⁷⁹ Von Aufforderungen der PDS und anderer Oppositions-

76 Franz Steinkühler an Bundeskanzler Helmut Kohl, 12.4.1991, AdsD, 5/IGMZ100721, unfol.

77 Vgl. Allgemeine Einschätzung der THA zum TH-IH Modell, o.D., BArch Berlin, B 412/2607, Bl. 325.

78 Handschriftliches Papier zu einem Gespräch über die THA-Industrieholding-Idee der IG Metall am 3. Mai 1991, AdsD, 5/IGMZ220207, unfol.

79 DGB, Bundesvorstand, Sitzung am 4. Juni 1991, Forderungen des DGB zur Treuhandanstalt, AdsD, 5/DGAN001097, unfol.

parteien, die Belegschaftsproteste auch nach dem Rohwedder-Mord weiter anzufeuern und auf Bonn auszudehnen, grenzte sich der DGB dagegen noch entschlossener als zuvor ab.⁸⁰ Und selbst Ursula Engelen-Kefer, die 1990 noch als Hoffnungsträgerin des »linken« DGB-Flügels angetreten war, vertrat die neue deeskalierende Strategie des DGB nach außen und nahm die Treuhand aus der politischen Schusslinie.⁸¹ Aufbauend auf diesem neuen Konsens präsentierten die Behörde, der DGB und die DAG bereits am 13. April eine (allerdings aus längeren Verhandlungen hervorgegangene) gemeinsame Vereinbarung über die Finanzierung von Sozialplänen durch die Treuhand,⁸² der auch die IG Metall zähneknirschend zugestimmt hatte⁸³ und die vielen Belegschaften sowie ihren Vertretern einen zentralen Protestgrund entzog. Dem folgte am 17. Juli eine weitere Vereinbarung über die Bildung von Dachgesellschaften für Beschäftigungsgesellschaften, die aber nur kurzzeitig als Symbol des neuen gesellschaftlichen Konsenses taugte. Denn die Praxis der Beschäftigungsförderung entwickelte sich langfristig zu einem zentralen Konfliktherd der Transformation und ihrer Akteure.

Das abrupte Ende der ersten überregionalen Treuhandproteste, die keinesfalls eine »Bewegung« darstellten, entfaltete auch langfristige katalytische Wirkungen auf Transformationsprozesse innerhalb des DGB-Lagers. Obwohl regionale IG-Metall-Funktionäre, namentlich aus Halle (Saale), später an den Skandalisierungen der Treuhand im Jahr 1993 beteiligt waren und es im Zuge des Metalltarifstreiks im selben Jahr wieder zu einem »engen Schulterschluss zwischen der IG Metall, den Betriebsräten

80 Vgl. DGB, Verbindungsstelle Berlin, Dieter Schmidt, an den DGB, Bundesvorstand, Günther Horzetzky, Sitzung von Bündnis 90 u. a. am 9. April 1991 im Reichstag zur Beratung eines Marschs auf Bonn, 9.4.1991, AdsD, 5/DGAI002219, unfol.

81 Vgl. Ursula Engelen-Kefer, Arbeitsmarktpolitische Anforderungen an die Treuhand-Anstalt, Rede anlässlich der Beiratssitzung der Gewerkschaft Leder, Nürnberg, 4.4.1991, AdsD, 5/DGAN001092, unfol.

82 Vgl. Gemeinsame Erklärung von Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft und Treuhandanstalt vom 13.4.1991, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 2, Berlin 1994, S. 389–392.

83 Vgl. IG Metall, Bernhard Wurl, Einschätzung der gemeinsamen Erklärung von DGB, DAG und Treuhand, 28.3.1991, AdsD, 5/IGMZ520759, unfol.

und den Arbeitnehmern« in Ostdeutschland kam,⁸⁴ vollzog der Vorstand der Gewerkschaft doch seit dem Desaster vom Frühjahr 1991 eine langfristig-nachhaltige Wende. Während man in der Frankfurter Vorstandszentrale immer weniger an die überregionale Mobilisierungsfähigkeit der Ostdeutschen glaubte, ja diese bestenfalls noch in Berlin durch die räumliche Nähe zum »Westmarkt« vermutete,⁸⁵ schwenkte man in den Verhandlungen mit der Treuhand immer mehr auf den konsensorientierten Kurs von DGB, IG CPK und DAG ein. Dabei gelangen der IG Metall durchaus späte Erfolge wie die Aushandlung regionaler Sanierungsmodelle für »industrielle Kerne«, die allerdings keinen grundlegenden Wandel der Treuhandpolitik mehr bewirken konnten. Aber im Vorstand hinterließen diese Verhandlungen ihre diskursiven Spuren. So nahm man hier die IG CPK Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr als DGB-internen Widerpart wahr, sondern fand zunehmend lobende Worte für Hermann Rappe: »Die Wirkung auf die Handlungsträger innerhalb der Treuhand/BvS [Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben], daß ein Vorsitzender einer Industriegewerkschaft als Gesprächspartner auftritt, ist möglicherweise von uns unterschätzt worden«, so ein internes bilanzierendes Papier der Wirtschaftsabteilung vom Januar 1996.⁸⁶ Eine wichtige Rolle für diesen Bewusstseinswandel auf Vorstandsebene spielte auch Joachim Töppel, der als einziger ostdeutscher Gewerkschafter im Oktober 1992 in den Vorstand der IG Metall gewählt wurde und dort fortan für Angestellten- und Seniorenarbeit verantwortlich war. Frei von westdeutschen innerverbandlichen Diskursregeln orientierte sich Töppel, besonders seitdem er seit Mitte 1994 die IG Metall auch im Treuhand-

84 THA, PE M2, Protokoll zur Informationsveranstaltung für die Geschäftsführer und Vorstände der Metall/Elektro-Unternehmen durch die Treuhandanstalt und die Arbeitgeberverbände Metall/Elektro am 23.3.1993, 24.3.1993, BArch Berlin, B 412/10579, Bl. 131–133, hier Bl. 132.

85 IG Metall, Vorstand, VB 05, Bernhard Wurl, an Kollegen Horst Klaus, Treffen der Bevollmächtigten der neuen Verwaltungsstellen am 16.4.1992 in Dresden, 24.4.1992, AdsD, 5/IGMZ520480, unfol.

86 IG Metall, Wirtschaftsabteilung, Büro Berlin, Peter Senft, Vermerk für Koll. Klaus Lang, 10.1.1996, AdsD, 5/IGMZ101114, unfol.

Verwaltungsrat vertrat, am Verhandlungsstil Hermann Rappes, der ihm zunehmend zum Vorbild wurde.⁸⁷

Töppel steht damit beispielhaft für frühe Ost-West-Transfers bzw. Kotransformationen (Philipp Ther) in der IG Metall. Im offiziellen Diskurs aber blieb diese Dimension stets verdeckt. Vielmehr wurde der neue Kurs der Gewerkschaft – nach außen repräsentiert durch Steinkühlers Nachfolger Klaus Zwickel⁸⁸ – mit allgemeinen Entwicklungen seit 1989 erklärt, die eine Anpassung gewerkschaftlicher Handlungshorizonte notwendig machten: die »Verschärfung der Kämpfe um Weltmarktanteile«, durch die der »Übergang zum ungebändigten Standortkapitalismus« drohe, die Lähmung der in innere Machtkämpfe verstrickten Sozialdemokratie und eine Bundesregierung, die mehr verwalte als gestalte. Damit bewegte sich Zwickel ganz in den Diskursgrenzen einer neuen gesamtdeutschen »Realität«, in der die spezifischen Probleme des Ostens mit der sich seit 1992 auch im Westen bemerkbar machenden Rezession und der symbolischen Auflösung der Treuhand Ende des Jahres 1994 zunehmend im Narrativ einer gesamtdeutschen Standortkrise aufgingen.⁸⁹ Dass Zwickel auf dem 18. Gewerkschaftskongress der IG Metall im Oktober/November 1995 nicht nur ein neues und gewerkschaftsintern hoch umstrittenes Bündnisangebot an Wirtschaft und Politik formulierte, das später von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD) aufgegriffen wurde, son-

87 Vgl. Stefan Müller/Lothar Wenzel, Interview mit Joachim Töppel am 28.2.2019, AdsD, 6/VIDZ000190X.

88 Vgl. Franz Steinkühler trat nach dem spektakulären Metalltarifstreik in Ostdeutschland (Mai 1993) im Juni 1993 wegen öffentlich skandalisierten, aber juristisch sauberen Verwicklungen in Insidergeschäfte bei Daimler-Benz vom Vorsitz des IG-Metall-Vorstands zurück. Sein bisheriger Stellvertreter Klaus Zwickel wurde im Oktober des Jahres offiziell zu Steinkühlers Nachfolger gewählt.

89 Zeitgenössisch zur Standortdebatte vgl. z. B. Rolf Simons/Klaus Westermann: Industriestandort Deutschland. Zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Marburg 1994; Josef Hilbert/Josef Schmid: Wirtschaftsstandort und Zukunft des Sozialstaats. Mitbestimmung vor neuen Herausforderungen, Marburg 1994; Roland Czada: Vereinigungskrise und Standortdebatte. Der Beitrag der Wiedervereinigung zur Krise des westdeutschen Modells, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 26 (1998) 1, S. 24–59.

dern dabei auch explizit lobende Worte für Hermann Rappe fand, lässt sich ohne die vorangegangenen Diskursverschiebungen innerhalb des DGB in den Treuhandjahren kaum hinreichend verstehen.⁹⁰ Die letztlich im Lichte des Rohwedder-Mordes abgebrochene überregionale Mobilisierung ostdeutscher Belegschaften durch die IG Metall spielte in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle.

4. Bündnispolitik von unten: Die radikale Linke und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative 1992/93

Die flächendeckende Durchsetzung einer protestvermeidenden Politik im DGB ebnete den Weg zur Gründung einer neuen Protestinitiative im Frühjahr 1992 in Berlin. Dabei spielte die Nähe zum »Westmarkt«, wie in der Vorstandsverwaltung der IG Metall vermutet, allerdings keine Rolle – zumal der »Markt« in Berlin ganz eigene Dynamiken entfaltete. Denn nicht nur im ehemaligen Ost-Berlin standen tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur an, sondern auch im einstigen Westteil der Stadt, dessen Wirtschaft bis 1990 kaum über lokale Bezüge hinausragte und angesichts massiver Strukturhilfen des Bundes keinem nennenswerten Veränderungsdruck ausgesetzt war. Die »wertschöpfungsschwache« und »kapitalintensive« Wirtschaftsstruktur West-Berlins⁹¹ war mit der Wiedervereinigung aber plötzlich zu einem ebenso gravierenden finanziellen und sozialpolitischen Problem des Senats geworden wie die Integration des Ostteils.⁹² Die Betriebsräte einzelner Ost-Berliner Unternehmen, darunter Michael Müller vom Glühlampenhersteller Narva, die sich im Februar 1992 zu einer lokalen Betriebsräteinitiative zusammen-

90 Vgl. Protokoll, 18. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, 29.10.–4.11.1995, Frankfurt am Main 1995.

91 Kurt Geppert/Thomas Seidel/Kathleen Toepel: Strukturelle Anpassungsprozesse in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 1993, S. 18 f.

92 Vgl. Kopf ab, in: Der Spiegel 9/1991.

geschlossen, konnten somit an eine breite Ost-West-Berliner Krisenstimmung anknüpfen.

Die Berliner Betriebsräteinitiative war damit von Beginn an in einen spezifischen lokalen Diskurszusammenhang eingebunden, der auch verschiedene mehr oder weniger untereinander vernetzte linke Basis- und Protestgruppen mobilisierte. Ihre Erfahrungsräume und Bezugspunkte unterschieden sich jedoch. Während der Revolution im Herbst 1989 hatten sich Gruppen aus dem Umfeld kritischer SED-Mitglieder mit zumeist akademischem und künstlerischem Hintergrund gebildet. Dazu zählte die Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG), die mit ihren öffentlichen Aufrufen zur Brechung der Macht der alten SED-Eliten für viele reformorientierte Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) bzw. Betriebsräte, so auch bei Narva, zur symbolischen Stütze wurde,⁹³ ohne sich jedoch mittel- oder langfristig als Akteurin in den Betrieben etablieren zu können. Hier gingen sie nicht nur in den betrieblichen Machtkämpfen zwischen FDGB, Betriebsräten und DGB-Beratern und -Beraterinnen unter. Auch zielte die IUG eher auf sozialistische Reformen, nicht aber auf praktische, mit den Erwartungen der Belegschaften kompatible Lösungen für betriebliche Transformationsprobleme.⁹⁴ Dagegen waren andere linke Unterstützungsaktionen mit den Erfahrungsräumen und Erwartungen der Betriebsräte und Belegschaften besser vereinbar. So entdeckte ein mit der West-Berliner Hausbesetzerszene und der linken *Tageszeitung (taz)* eng verbundenes Künstlerkollektiv den an der Grenze zu Kreuzberg gelegenen Betrieb Narva im Sommer 1990 als Bühne für Kunstprojekte, mit denen die Aktivistinnen und Aktivisten gegen »Kahlschlagsanierung«

93 Vgl. Martin Jander/Stefan Lutz: Protokoll über Gespräche mit dem Betriebsrat von VEB Narva »Rosa Luxemburg« Berliner Glühlampenwerk/Narva GmbH, 1990/91, RHG, PA M. Jander, MJ 57, unfol.

94 Aus Sicht ehemaliger Akteure der IUG, die ihr Scheitern vor allem der ablehnenden Haltung der DGB-Gewerkschaften zuschreiben vgl. Renate Hürtgen: Betriebliche und gewerkschaftliche Basisbewegungen 1989/90 in der DDR, in: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 69–93. Vgl. dagegen die Protokolle über Gespräche von Berliner Soziologen mit (Ost-)Berliner Betriebsräten in den Jahren 1990/91 in RHG, PA M. Jander, MJ 57.

und Immobilienspekulation demonstrierten. Der Betrieb, der 1991 noch den Berliner Umweltpreis für die Entwicklung einer quecksilberfreien Glühlampe erhielt, im selben Jahr von der Treuhand aber an einen Immobilienkonzern verkauft werden sollte, bot sich geradezu als Symbol für den Kampf der West-Berliner Linken an. Entsprechend zielte ihre Strategie darauf ab, Narva als »Ostberliner Traditions- und Frauen-Betrieb« zu authentisieren und damit einen Beitrag zur lokalen Identität zu leisten.⁹⁵

Unterstützung erhielten Narva und andere Betriebe auch aus der Kommunalpolitik, die den Strukturwandel vor Ort gestalten musste und sich dabei überdies (anders als die Bundesregierung) seit den 1980er-Jahren nicht mehr als harter Antipode der militanten Linken begriff, sondern mit diesen auch zusammenarbeitete.⁹⁶ Dazu kamen weitere Unterstützer aus dem Umfeld lokaler Betriebsräte, gewerkschaftlicher Basisfunktionäre (insbesondere aus der IG Metall) und von Personalräten aus Kultureinrichtungen, Verwaltungen und Wissenschaft, die allesamt von der Berliner Strukturkrise betroffen waren. Sie alle unterstützten den Gründungsauftrag der Berliner Betriebs- und Personalräteinitiative vom Februar 1992 mit dem Ziel, einen Beitrag zum Aufbau einer »vielseitigen Wirtschaftsstruktur am Standort Berlin« zu leisten. Hierzu sollte eine Staatsholding gegründet werden, an der sich auch Senat, Treuhand und Gewerkschaften beteiligen würden.⁹⁷

Das Berliner Modell ließ sich aber nur bedingt auf andere lokale oder gar nationale Konstellationen übertragen. Am ehesten fand man noch im benachbarten Brandenburg Betriebe, die sich dem Bündnis anschlossen. Im April dockte zudem der sich im Dauerkampf befindliche und von der örtlichen ÖTV unterstützte Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Deutschen Seereederei (DSR) Rostock, Eberhard Wagner, zugleich Mitglied des Bundessprecherrats der Grünen, an die Initiative an und schwang

95 Bismarc Media: Babelsberg. Eine Endlos-Recherche, Hamburg 1991, S. 264–277.

96 Vgl. Roger Karapin: Protest Politics in Germany. Movements in the Left and Right since the 1960s, University Park 2007, S. 96.

97 Informationsblatt/Pressemitteilung, Berliner Betriebsräte schließen sich zusammen – Initiativgruppe gegründet, um Industriestandort Berlin zu erhalten, o. D. [21.2.1992], RHG, PA M. Jander, MJ 40, unfol.

sich dort bald zu einer zentralen Figur auf.⁹⁸ Dazu kamen einzelne Chemiebetriebe aus Sachsen-Anhalt und eine Handvoll westdeutscher Unternehmen. Dass das Bündnis seit April 1992 als Ostdeutsche Betriebsräteinitiative firmierte, entsprach aber mehr der eigenen Zielvorstellung, bald alle Treuhand- oder von Stilllegung bedrohten Betriebe zum nationalen Protest zu mobilisieren, als der Realität. Der Name verdeckt zum einen die begrenzte überregionale Strahlkraft und zum anderen die sehr heterogene soziale Zusammensetzung des Bündnisses. Und Letztere führte bereits vor dem Zusammenschluss mit Rostock zu handfesten internen Richtungskonflikten.

Von Beginn an nahmen (ausschließlich männliche) Aktivisten aus der West-Berliner linken Szene Schlüsselpositionen im Bündnis ein, so zum Beispiel der *taz*-Kolumnist Helmut Höge, der als Pressesprecher der Bewegung fungierte. Im Gegensatz zu den ostdeutschen Betriebsräten verfügten die West-Berliner Aktivisten über Netzwerke und Infrastrukturen, die für den dauerhaften Betrieb der Initiative unabdingbar waren. So spielte die *taz* eine wichtige Rolle beim Druck und der Verbreitung der bündniseigenen Zeitung *Ostwind*, deren redaktionelle Betreuung auch überwiegend von westdeutschen Linken gestemmt wurde.⁹⁹ Der »Kampffonds« der Initiative wurde von einem West-Berliner Rechtsanwalt verwaltet, der selbst aus dem Kreis der Hausbesetzer und Umweltbewegten kam.¹⁰⁰ Dies ermöglichte den Aktivisten von Beginn an eine gewisse Deutungsmacht über das Bündnis. Dabei bewegten sie sich ganz in den vielschichtigen Diskurswelten der »Post-68er«-Linken, die sich im Dunstkreis der Berliner Betriebsräteinitiative mit ostdeutschen Reform-

98 Vgl. Bernd Gehrke: Vorwort, in: ders.: Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Materialien zur Tagung Ostwind – Soziale Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen in Ostdeutschland 1990 bis 1994, 23.–24. Juni 2017, Berlin 2017, S. 9–21, hier S. 15; DSR-Lines, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Eberhard Wagner, an die IG Metall, Vorsitzender, Franz Steinkühler, 1.7.1992, RHG, PA M. Jander, MJ 49, unfol.

99 Vgl. Helmut Höge an die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte, 5.4.1992, RHG, PA M. Jander, MJ 43, unfol.

100 Vgl. Helmut Höge: Berliner Ökonomie. Prols und Contras, Berlin 1997, S. 95.

sozialisten vernetzten, wobei hier die PDS als organisatorisches Dach fungierte, unter dem 1992 die Arbeitsgruppe Betrieb und Gewerkschaft entstand. Zwischen der Arbeitsgruppe und der Betriebsräteinitiative bestanden damit enge Austauschbeziehungen, wobei Erstere beanspruchte, als ideologisches Dach zu fungieren. Die Entwürfe der ost- und westdeutschen Linken, die im Konkreten oftmals weit auseinandergingen, konnten innerhalb der Betriebsräteinitiative lange Zeit gut neben den Gerechtigkeitsvorstellungen der Betriebsräte existieren. Die Bemerkung des Betriebsratsvorsitzenden von Narva, Michael Müller, während einer Ausschusssitzung am 22. Juli 1992 – »Wir hatten ja auch mal den Beschluß, jeden zu benutzen, mit jedem zu kooperieren, der uns nützt!« – drückte das auf Pragmatismus, nicht aber auf ideologischer Übereinstimmung basierende Selbstverständnis klar aus, weist aber auch darauf hin, dass nicht alle Protestgruppen innerhalb des Bündnisses diese Ansicht teilten.¹⁰¹

Für interne Spannungen sorgte vor allem die Haltung zu den Gewerkschaften, von denen sich viele Basisfunktionäre ebenfalls im Dunstkreis der Initiative bewegten. Manfred Foede, der Erste Bevollmächtigte der Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall, hatte der Initiative Anfang April 1992 angeboten, sich unter ihrem Dach zu organisieren. Dafür forderte Foede aber auch ein gewichtiges Mitspracherecht,¹⁰² was durchaus den Erwartungen vieler Betriebs- und Personalräte entsprach, die »mit unseren Gewerkschaften« agieren wollten.¹⁰³ Dazu kam es aber nicht, denn die Mitglieder der Initiative entschieden sich mehrheitlich gegen die Institutionalisierung unter dem Dach der Gewerkschaft und entsprachen damit der tiefen Skepsis vieler westdeutscher (und ostdeutscher) Linker

101 Arbeitsausschuss der Konferenz der Betriebsräte-Initiative, Sitzung am 22.7.1992, RHG, PA M. Jander, MJ 47, unfol.

102 Vgl. Gespräch IG Metall Berlin/IBB am 8.4.1992 um 09.00 Uhr in der Verwaltungsstelle der IG Metall Berlin, handschriftliches Protokoll, RHG, PA M. Jander, MJ 43, unfol.; IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, Manfred Foede, an die Betriebsräte der Firma, Einzelgewerkschaften, DGB-Kreise, Sekretäre und OV z. Kts., 13.4.1992, RHG, PA M. Jander, MJ 52, unfol.

103 Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte, Flugblatt, »Überparteilich mit unseren Gewerkschaften«, 30.3.1992, RHG, PA M. Jander, MJ 39, unfol.

gegenüber den als zu staatsnah kritisierten Gewerkschaften.¹⁰⁴ Dennoch unterstützten örtliche Gewerkschaftsstellen die Initiative weiter. Bei den Vorständen keimten jedoch bald Erinnerungen an kommunistische Unterwanderungsversuche der Gewerkschaften in den 1960er-/70er-Jahren und damit verbundene harte Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen auf.¹⁰⁵ Eine wichtige Rolle spielten dabei auch Extremismusforscher, die zunehmend auf die »unterschätzte Gefahr« von links verwiesen und auch den DGB vor einer neuen Radikalisierung der Gewerkschaftsbasis durch die PDS warnten.¹⁰⁶

Allerdings befürchtete man in den Vorstandszentralen weniger eine tatsächliche Wiederholung der vergangenen Kämpfe gegen Kommunisten, deren Zahl man in den eigenen Reihen als marginal einschätzte, sondern vielmehr einen öffentlichen Imageschaden und negative Auswirkungen auf die Position der Gewerkschaften gegenüber Politik und Wirtschaft. Eine offizielle Unterstützung der Initiative kam damit nicht infrage. Der DGB selbst erklärte sich als formell nicht zuständig, da die Betriebsrätearbeit in die Kompetenz der Mitgliedsgewerkschaften fiel, intern bewertete der Gewerkschaftsbund die ersten Aktionen der Initiative aber als unorganisiert, ja geradezu laienhaft und peinlich, jedenfalls als schädlich für das Renommee der Gewerkschaften.¹⁰⁷ Jedoch fürchtete der DGB, dass die Bundesregierung die feinjustierte und auf Vertrauen basierende Politik der

104 Vgl. Sitzung der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte am 22.4.1992, ebd., unfol.

105 Vgl. hierzu Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflussstrategien und Ideologien, Frankfurt am Main 1980; Manfred Wilke: Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971, Melle 1985; Till Kössler: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Creuzberger/Hoffmann (Hg.): »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft« (wie Anm. 21), S. 229–250.

106 Patrick Moreau/Jürgen Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 95–97.

107 Vgl. DGB, Verbindungsstelle Bonn, Stefan Collm, an den DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Abt. Planung und Koordinierung, Christiane Bretz, Betr.: Telefonat mit Klaus Beck, Verbindungsstelle Bonn, 17.6.1992, AdsD, 5/DGBG001011, unfol.

»konzertierten Aktion« abbrechen und direkt mit den häufig kompromissbereiteren Betriebsräten verhandeln würde. So trafen die Gewerkschaften im Vorfeld eines von der Initiative für den 9. September 1992 geplanten Protestmarsches in Bonn, wo auch Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und Bundestagsfraktionen stattfinden sollten, einige Vorkehrungen. Die IG Metall etwa schickte dem Verantwortlichen im Bundeskanzleramt für die neuen Bundesländer, Johannes Ludewig, vorsorglich eine Sprechklausel, die später der offiziellen Presseerklärung hinzugefügt werden sollte und die besagte, dass die Bundesregierung nur die Gewerkschaften als »die legitimen Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer« anerkenne. Dabei verwies die Gewerkschaft auch auf die »Gefahr«, die von den »objektiv spalterische[n] Tendenzen« linker Gruppen ausgehe.¹⁰⁸ Aus der Perspektive der Gewerkschaftsvorstände erschienen die ostdeutschen Betriebsräte damit nicht in erster Linie als ernstzunehmende Vertreter ihrer eigenen Interessen, sondern vielmehr als vor einer potenziellen Radikalisierung zu bewahrende Mündel.

Auch in der nationalen Medienöffentlichkeit trat das im Gründungsauftrag der Initiative noch deutlich dominierende gewerkschaftspolitische Element in der Außenwahrnehmung des Bündnisses schnell in den Hintergrund. Wahrgenommen wurde die Initiative in der einschlägigen Tages- und Wochenpresse bald nur noch durch ihre Protestaktionen, in denen sich der Einfluss linker Aktivisten am deutlichsten zeigte. Letztere hatten freilich langjährige Erfahrungen darin, wie man die (west-)deutschen Diskursgrenzen öffentlichkeitswirksam zu brechen vermochte. Zu nationalen Medienereignissen wurden so vor allem die großen Demonstrationen vor den Toren der Treuhand am 30. Juni und 14. Dezember 1992 sowie der bereits erwähnte Protestmarsch nach Bonn am 9. September. Schon allein die Wahl der Treuhand als Demonstrationsort war nach dem Mord an Rohwedder eine öffentliche Provokation und wurde auch so von den Medien aufgenommen. So verhielten sich konservative Medien

108 IG Metall, Vorstand, Abt. 1. Vorsitzender, Berthold Huber, an das Bundeskanzleramt, Johannes Ludewig, 7.9.1992, AdsD, 5/IGMZ220632, unfol.

gegenüber der ersten Großdemonstration am 30. Juni, an die sich ein inszeniert-konfrontatives Gespräch zwischen Betriebsräten und Treuhandpräsidentin Breuel am 9. Juli angeschlossen hatte, auffallend zurückhaltend, um eine ähnliche Entwicklung wie 1991 nicht noch zu befördern.¹⁰⁹ Damit überließen sie linken Medien wie der mit der Initiative vernetzten *taz* das diskursive Feld, die den Protest als Ausdruck einer »radikale[n] Kritik« deutete, welche die Betriebsräte »auch ohne die Gewerkschaften, und, wenn es sein muß, auch gegen die Gewerkschaften vorzutragen« bereit wären.¹¹⁰ Am 14. Dezember 1992 wurde die Treuhand ein letztes Mal zur Bühne der Betriebsräteinitiative, die nun aber nur noch als eine von mehreren Protestgruppen in Erscheinung trat. Unter dem Motto »Flugtag« inszenierten Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Entlassungen, indem sie vor einem Publikum von rund 1200 Menschen ihre Arbeitsgeräte herbeitrugen und auf einen großen Schrotthaufen warfen,¹¹¹ während die PDS an die »abgewickelten Arbeitsplätze, die DDR-Tarife, -Mieten, -Sozialregelungen usw.« erinnerte und den »Flugtag« in eine Traditionslinie zur Demonstration am Alexanderplatz vom 4. November 1989 einordnete.¹¹²

Freilich bewegte sich diese performative Gewalt gegen Sachen in einem kontrolliert-inszenierten und außeralltäglichen Rahmen. Anders verlief eine Demonstration von eng mit der Betriebsräteinitiative vernetzten Thüringer Kalikumpeln vor der Treuhand am 17. Mai 1993, deren mediale Deutung weniger um die Protestakteure, als vielmehr um den Protestort und dessen Symbolik kreiste, der die Dynamik des Protests wesentlich mitprägte. Diese Demonstration, die im Rahmen von Verhandlungen um die Zukunft der Kaligrube in Bischofferode stattfand, lief völlig aus dem Ruder. Am Ende eskalierte die Gewalt zwischen den Demonstrierenden und der Polizei und es kam zu Szenen, wie man sie von den Berliner Häuserkämpfen her kannte. Diese Analogie stellte auch die *taz* in ihrem

109 Zum Medienecho vgl. die Pressesammlung in RHG, PA M. Jander, MJ 60a.

110 CC Malzahn: Captain Breuel verließ das Raumschiff, in: *taz* vom 1.7.1992.

111 Vgl. Größte gemeinsame Aktion von Betriebsräten und Belegschaften. »Kündigungsstopp. Sofort!«, in: Berliner Zeitung vom 16.12.1992.

112 PDS Berlin, Aufruf, o. D., RHG, PA M. Jander, MJ 50, unfol.

Kommentar her,¹¹³ während die Hassfigur der Kumpel, Treuhandvorstand Klaus Schucht, das BMF bat, seinen Lagebericht an das Bundeskriminalamt weiterzuleiten. Auch hier spielte die Erinnerung an Rohwedder eine wichtige Rolle, dessen Mord nicht zuletzt durch unzureichenden Personenschutz ermöglicht worden war. Das BMF aber lehnte Schuchts Ansinnen ab, auch weil man in der für die Treuhand ohnehin angespannten Situation des Jahres 1993 weitere »unerwünschte politische Nachwirkungen« vermeiden wollte.¹¹⁴ Auch hier zeigt sich, wie sehr der Demonstrationsort Treuhandzentrale mit der Erinnerung an eskalierende und mörderische linke Gewalt kontaminiert war. Das machte sich die Betriebsräteinitiative erfolgreich zunutze, brachte sie aber auch in Rechtfertigungsnot.

Weniger zurückhaltend reagierten Medien jenseits des linken Spektrums auf die erste große Konferenz der Betriebsräteinitiative am 20. Juni 1992, zu der rund 300 Teilnehmer erschienen. Viel ausgeprägter als bei den Demonstrationen traten hier die Konflikte zwischen Betriebsräten, Gewerkschaften und linken Basisgruppen offen zutage. Das machte die Konferenz auch angreifbar für konservative Medien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ). In ihrem Kommentar machte Kerstin Schwenn die bündnisinternen Bruchlinien zum Leitmotiv. Auf der einen Seite identifizierte sie die Betriebsräte, die von der sozialen Marktwirtschaft enttäuscht seien, aber die Konferenz auch ohne die Unterstützung ihrer Gewerkschaften aktiv dazu nutzten, für die Produkte ihrer Betriebe zu werben und Investoren anzulocken. Auf der anderen befänden sich die »Heilsverkünder von den Troztkisten bis zur DKP [Deutschen Kommunistischen Partei]« und am Rande die ratlosen Gewerkschaften, die die Konferenz mit »Sorge und Skepsis« verfolgten.¹¹⁵ Bei der zweiten Kon-

113 Vgl. Severin Weiland: Polizei geht gegen Kali-Kumpel vor, in: taz vom 19.5.1993.

114 BMF, VIII B 1, MR [Ministerialrat] Schick, an Staatssekretär Horst Köhler, Betr.: Demonstration von Bergleuten der Kaligrube Bischofferode am 17. Mai 1993, Bezug: »Bericht zur Lage« von Herrn Schucht vom 25. Mai 1993, 7.6.1993, BArch Koblenz, B 126/145364, Bl. 9.

115 Kerstin Schwenn: Den Betriebsräten weist keiner den Weg aus der Ratlosigkeit. Ostdeutsche Arbeitnehmervertreter wollen gehört werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.6.1992.

ferenz am 21. November aber war das öffentliche Interesse an der kaum noch Außenwirkung erzielenden Veranstaltung bereits erloschen.

So ratlos wie die Gewerkschaften in der FAZ erschienen, waren sie gleichwohl nicht. Auch die Vorstände reagierten nicht einfach nur mit Ablehnung, sondern setzten den öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen eigene Formate entgegen, die eine pragmatische Strukturpolitik in den Vordergrund rückten und den friedlichen Charakter der Transformation betonten. Der DGB Frankfurt (Oder) organisierte zusammen mit der Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall am 2. Oktober eine Kundgebung am Berliner Alexanderplatz und durchkreuzte damit Pläne der Betriebsräteinitiative, am Tag vor den Einheitsfeierlichkeiten lautstark zu protestieren. In Rostock, dem zweiten Stützpunkt der Initiative, veranstaltete der örtliche DGB am selben Tag die Aktion »Kerzen für Gerechtigkeit«, bei der es (ebenso wie bei der Berliner Kundgebung) auch um sozialpolitische Reformen gehen sollte.¹¹⁶

Der auch in den Medien ausgetragene Kampf um den lokalen Raum und die in ihn eingeschriebenen sozialen Ordnungen trugen wesentlich dazu bei, dass sich die Initiative nach dem Jahreswechsel 1992/93 spaltete. Besonders in Berlin gelang es den Gewerkschaften, den Protest im Epizentrum der Initiative zu kanalisieren. Am 7. Januar 1993 bot das DGB-Kreisbüro Berlin-Süd der Initiative an, einen »DGB-Betriebsräte-Arbeitskreis« einzurichten, und wertete dies zugleich als Erfolg der Betriebsräteinitiative. Diese habe, so das Argument, einen Bewusstseinswandel im Gewerkschaftsbund herbeigeführt: »Die alte Meinung, daß der DGB sich nicht um die Betriebsräte zu kümmern habe, ist mittlerweile weitgehend überwunden.« Dies stieß bei vielen Betriebsräten auf positive Resonanz, rund 20 von ihnen nahmen das DGB-Angebot an. Die IG Metall beteiligte sich an dieser lokalen Solidaritätsinitiative jedoch nicht. Gleichwohl erklärte nun Martin Clemens, ein westdeutscher linker Historiker, der sich der Initiative von Beginn an angeschlossen und sich zwischenzeitlich zum Sprecher des Bündnisses »hochgearbeitet« hatte, die Initiative für ge-

116 Zu diesen Aktionen vgl. RHG, PA M. Jander, MJ 49, unfol.

spalten in einen lokalen Teil, der unter dem Dach des DGB weitermache, und einen überregionalen Teil, der an der Ausrichtung der 3. Konferenz arbeite und sich auf der Zielgeraden zu einer »Bürgerinitiative« befände.¹¹⁷ Die IG CPK bzw. ihr prononciert antikommunistisch auftretender Vorsitzender Hermann Rappe hatte die beteiligten Betriebsräte aus der Chemieindustrie schon zuvor mit erhobenem Zeigefinger aufgefordert, die Initiative zu verlassen, dies aber wie der DGB ebenso mit partizipativen Angeboten verbunden.¹¹⁸

Dem weiterhin unter dem Label Ostdeutsche Betriebsräteinitiative firmierenden Rest des Bündnisses gehörten indes kaum noch Betriebsräte an. Mehr noch, in den Betrieben fand das Bündnis immer weniger Beachtung. Am 10. März 1993 klagte Hartmut Sonnenschein, einer der letzten in der Initiative noch verbliebenen ostdeutschen Betriebsräte, dass die »Belegschaften [...] nicht mehr mobilisierungsfähig« seien: »Wir ernsten nur noch Lacher«.¹¹⁹ Auch Versuche, sich überregional zu vernetzen, misslangen. Ein wesentlicher Grund hierfür lag freilich in der Betriebsbezogenheit der Proteste, die einer überregionalen Solidarität generell entgegenwirkte. Dazu kamen die gut aufgenommenen lokalen Angebote des DGB und der deutliche Ideologieschub, den die Betriebsräteinitiative durch die Spaltung erfuhr und der die Initiative in der nationalen Öffentlichkeit weiter delegitimierte. Die oftmals dogmatischen Reden, die Clemens nun selbst bei seinen auswärtigen Besuchen in von Stilllegung bedrohten Betrieben hielt, stießen sowohl bei west- als auch ostdeutschen Belegschaften oft auf Ablehnung, da sie Clemens eher als abgehobenen

117 Arbeitsausschuss der Konferenz der Betriebsräteinitiative, Sitzung am 7.1.1993, RHG, PA M. Jander, MJ 47, unfol.; Protokollnotiz zum Gespräch Berliner Betriebsräteinitiative – DGB-Kreis Berlin-Süd am 7. Januar 1993, RHG, PA M. Jander, MJ 40, unfol.

118 Vgl. IG CPK, Hauptvorstand, Vorsitzender Hermann Rappe, an die Verwaltungen der Bezirke, den Hauptvorstand, die Schulen Bad Münster und Halle, die Verbindungsstelle Bonn und die Sekretäre im Hause, Rundschreiben 2/92, DGB-Bundesvorstandssitzung vom 7. Juli 1992, AfsB, IG CPK, 700, unfol.

119 Arbeitsausschuss der Konferenz der Betriebsräteinitiative, Sitzung am 10.3.1993, RHG, PA M. Jander, MJ 47, unfol.

Polittouristen denn als bodenständigen Arbeiter wahrnahmen.¹²⁰ Das zeigt die zentrale symbolische Rolle der ostdeutschen Betriebsräte für das Knüpfen überregionaler Solidaritätsnetzwerke, auch wenn diese in der Praxis letztlich sehr begrenzt blieben.

Im Sommer 1993 traten auch die Bruchlinien zwischen den westdeutschen Linken stärker hervor. Die 3. Konferenz am 19. Juni 1993, die nur noch rund 100 Teilnehmer anzog und kaum noch Medienecho erzeugte, verkam zu einem »zähen Sitzungskampf«,¹²¹ dem schwere interne Auseinandersetzungen vorausgegangen waren. Der gewerkschaftsnahe Soziologe Martin Jander war von der Initiative ausgeschlossen worden, nachdem er Höge und Clemens vorgeworfen hatte, das Bündnis zu einer »Teilgruppe der »Komitees für Gerechtigkeit«« (dabei handelte es sich um Zusammenschlüsse alter SED-Kader und ostdeutscher Politiker des Übergangsjahrs 1990) gemacht zu haben. Zudem hatte Jander das Konferenzplakat von Helmut Höge mit dem Slogan »Wer von der Treuhand nicht reden will, der soll von Rostock schweigen!« als »glatte Rechtfertigung des Pogroms in Rostock«¹²² und damit als diskursive Grenzüberschreitung kritisiert.¹²³ Weitere Bruchlinien taten sich beim Umgang mit dem ostdeutschen Metalltarifstreik im Mai 1993 auf. Während Jakob Moneta, trotzkistisches Urgestein der IG Metall und einer der führenden Köpfe der PDS-Arbeitsgruppe Betrieb und Gewerkschaft, zur Solidarität mit den Streikenden aufrief,¹²⁴ bezeichnete Clemens das Verhandlungsergebnis nachträglich öffentlich als »Schweinekompromiss«¹²⁵ und forderte die

120 Vgl. Handschriftlicher Brief, Betriebsrat der Klöckner-Hütte Bremen an Martin Clemens, o. D., RHG, PA M. Jander, MJ 50, unfol. Zur Rede von Martin Clemens vgl. ebd., unfol.; Martin Clemens: Bischofferode. Ein Bericht, 6.9.1993, in: Gehrke: Dokumente (wie Anm. 98), S. 309.

121 Martin Jander/Stefan Lutz, [ohne Titel], o. D., RHG, PA M. Jander, MJ 46, unfol.

122 Dies bezieht sich auf die rechtsradikalen Ausschreitungen vom 22. und 26. August 1992 gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen.

123 Vgl. Helmut Höge: Nachhilfeunterricht, in: Der Alltag 76 (1997), S. 37–61, hier S. 48 f.

124 Vgl. Jakob Moneta, Die Initiative der Betriebs- und Personalräte steckt in einer Krise! Wie können wir sie überwinden?, o. D., RHG, PA M. Jander, MJ 41, unfol.

125 Martin Clemens: »Schweinekompromiß«. Eine Nachlese zum Metallstreik, in: Neues Deutschland vom 3.6.1993.

Initiative auf, eine Resolution gegen den Tarifabschluss zu verabschieden, was auf Druck Monetas und anderer Unterstützer aus den Reihen der IG Metall aber unterblieb. Im Dezember 1993 erklärte sich die Initiative schließlich für aufgelöst, nachdem mit Eberhard Wagner einer der letzten noch verbliebenen Betriebsräte ausgetreten war.

In der zeitgenössischen Wahrnehmung verfestigte sich damit das Narrativ des Scheiterns der Betriebsräte, die im Machtkampf zwischen westdeutschen dogmatischen Linken und Gewerkschaften zerrieben worden seien. Letzteren wurde dabei zuweilen vorgeworfen, das Bündnis durch »Demobilisierung« zerschlagen zu haben.¹²⁶ Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, wie fragil das Bündnis von Anfang an war. Dabei gelang es dem DGB, einen wesentlichen Teil des lokalen Protestpotenzials durch Anerkennungspolitik in Form partizipativer Angebote zu kanalisieren – ohne dass dies aber langfristige Rückwirkungen auf die Politik der Gewerkschaften in Ostdeutschland insgesamt hatte. Und schließlich offenbarte besonders das letzte Jahr der Betriebsräteinitiative weniger Ost-West-Differenzen, sondern vielmehr Bruchlinien, die sich tief in die Geschichte der westdeutschen Linken nach »1968« eingeschrieben hatten. Zugleich befand sich parallel dazu bereits die PDS, die bei der Betriebsräteinitiative eher noch im Hintergrund gewirkt hatte, auf dem Weg zu einer neuen »Ostpartei«. Eine wichtige Etappe stellte dabei der Hungerstreik von Bischofferode dar.

5. Protest und Demokratieerfahrung: Der Hungerstreik von Bischofferode

Wenn es so etwas wie ein »ostdeutsches« Protestgedächtnis gibt, dann nimmt darin der Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode im Jahr 1993 einen zentralen Platz ein. In den aktuellen Diskussionen um die

126 Alfons Frese: Aufgerieben zwischen Linken und Gewerkschaften: Ostdeutsche Initiative von Betriebsräten zerfällt, in: Der Tagesspiegel vom 18.12.1993; Gehrke: Dokumente (wie Anm. 98), S. 16.

mentalen Nachwirkungen der Treuhand ist jedenfalls vermehrt auf das ikonischste aller ostdeutschen Protestereignisse der frühen 1990er-Jahre verwiesen worden.¹²⁷ Die Ikonografie des Hungerstreiks fügt sich gut in das populäre Bild von Verlust, Desillusionierung, Desintegration und Elitenskepsis im Osten. Diese Narrativ bedient besonders die Linkspartei, in deren Erinnerungskanon der Hungerstreik als Symbol »für das große wirtschaftspolitische Unrecht in der Geschichte der Bundesrepublik, die Arroganz der Mächtigen und den Widerstandsgeist der Beschäftigten im Osten« sowie als Signum »der Transformationszeit, in der die Lebensleistung vieler Menschen in Ostdeutschland missachtet und ein ganzes Land dem Ausverkauf durch die Treuhand preisgegeben wurde«, steht.¹²⁸ Die in diesen Erinnerungsdiskurs um Bischofferode eingeschriebene Demokratie- und Systemkritik im Osten ist, wie nachfolgend gezeigt, jedoch selbst Ergebnis einer kontroversen Deutungsgeschichte des Hungerstreiks, in der nicht nur die Grenzen der Transformationspolitik der Bundesregierung deutlich wurden, sondern in der auch über Demokratievorstellungen und -erfahrungen in Ost und West gestritten wurde.

Der am 1. Juli 1993 beginnende Hungerstreik von 40 Kalikumpeln (parallel zu der seit Monaten andauernden Schachtbesetzung) richtete sich inhaltlich gegen die im Dezember 1992 unerwartet gefällte Entscheidung der Treuhand, das Kaliwerk Bischofferode als eine Bedingung für die angestrebte Fusion der ost- und westdeutschen Kalikonzerne (Mitteldeutsche Kali AG und Kali & Salz AG) zu schließen.¹²⁹ Zugleich

127 So der plakative Titel eines preisgekrönten Dokumentarfilms von 2018: Dirk Schneider, *Bischofferode – Das Treuhand-Trauma*, Hoferichter & Jacobs GmbH, Deutschland 2018, 90 Minuten.

128 Katja Kipping: Pressemitteilung: 25 Jahre Bischofferode, 6.7.2018, <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/25-jahre-bischofferode/> (Zugriff am 11.10.2021).

129 Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Protestinhalte bzw. die zentrale Frage zu diskutieren, ob das Kaliwerk zu erhalten gewesen wäre. Diese Frage lässt sich letztlich auch nicht objektiv beantworten, zu komplex waren die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen die politisch Verantwortlichen eine Entscheidung treffen mussten. Vgl. hierzu Christian Rau: *Bischofferode – Geschichte und Erbe eines ostdeutschen Hungerstreiks*, unveröffentl. Manuskript, Berlin 2021.

stellte er einen Bruch mit bisherigen Protestpraktiken und -diskursen in Thüringen dar, die sich bis in den August 1990 zurückverfolgen lassen. Eine wichtige Rolle spielte hierbei der ostdeutsche CDU-Politiker Josef Ducháč. Der wie viele ostdeutsche Amtsträger der Umbruchzeit aus dem betrieblichen Management stammende Politikneuling hatte sich bereits am 3. August 1990 in seiner neuen Rolle als Bevollmächtigter der ostdeutschen Übergangsregierung für den Bezirk Erfurt vor protestierende Kalibergleute gestellt, die für einen sozial »gerechten« Transformationsprozess in ihrer Region kämpften und – unterstützt durch die Gewerkschaft – bereits zu diesem Zeitpunkt mit Hungerstreik drohten. Vertraut mit betrieblichen Aushandlungsprozessen, sagte Ducháč eine schnelle Lösung des Konflikts zu. Schließlich drohte mit dem erwarteten Verlust der überdimensionierten und sanierungsbedürftigen Kaliindustrie die Verarmung der gesamten Nordthüringer Region.¹³⁰ Von seinen Lösungsvorschlägen, die von einem umfassenden Wirtschaftsprogramm für die Region bis hin zur Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften reichten, stand bis kurz vor der Wiedervereinigung aber nur ein mühsam verhandelter Tarifvertrag, der Abfindungsleistungen zusagte, für die nach dem 3. Oktober 1990 jedoch der Bund aufkommen sollte.¹³¹

Obwohl Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums an den Verhandlungen teilgenommen hatten, lehnten Bundesregierung und Treuhand die Übernahme der Kosten ab und spielten stattdessen den Ball an

130 Vgl. An Frau Minister Dr. Hildebrandt, Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des Bezirkes Erfurt vom 3. August 1990, BArch Berlin, DQ 3/1884b, Bl. 8; Ministerium für Wirtschaft, Entwurf: Programm zur Regionalentwicklung sowie zur Industrie- und Gewerbeansiedlung für das Südharzgebiet des Landes Thüringen, 9.8.1990, BArch Berlin, DE 10/262, unfol.

131 Vgl. Ministerium für Wirtschaft/Ministerium für Arbeit und Soziales/Ministerium der Finanzen/Sprecherrat der Bergleute der Flußspatgruben Straßberg und Rottleberode, Festlegungsprotokoll der Beratung der bevollmächtigten Vertreter der Ministerien mit dem Sprecherrat der Bergleute unter Teilnahme von Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums, 24.9.1990, LATH – HStA Weimar, 6-82-1001, Nr. 1295, Bl. 58f.

das Land zurück,¹³² dessen konservativ-liberale Regierung seit den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 von Duchač angeführt wurde. Aus dem einstigen inner-ostdeutschen Konflikt wurde damit ein föderaler Konflikt zwischen der Bundesregierung und einem ostdeutschen Bundesland, bei dem der Protest der Kalibergleute eine zentrale politische Ressource blieb. Duchač unterstützte die örtlichen Proteste weiterhin und nutzte sie gleichzeitig als Druckmittel gegenüber Bonn und der Treuhand. Dabei erwog man in Erfurt zeitweise sogar eine Klage gegen den Bund.¹³³ Verbale Solidaritätsbekundungen mit den Protestierenden und ihren Gewerkschaften sowie das Drohen mit weiteren Protesten gehörten 1991 zum Standardrepertoire der ressourcenschwachen Thüringer Landespolitik bzw. landespolitischer Selbstbehauptung. Die Kaliproteste in Nordthüringen waren damit von Beginn an Bestandteil der demokratischen Praxis auf Landesebene.

Die Landesregierung setzte ihre Solidaritätspolitik fort, auch nachdem Duchač im Frühjahr 1992 infolge von Stasivorwürfen auf Druck des Landesparlaments zurückgetreten und durch den westdeutschen CDU-Politiker und engen Vertrauten Helmut Kohls Bernhard Vogel ersetzt worden war. Denn die Solidarität mit den Kumpeln basierte nicht nur auf einem parteiübergreifenden Konsens, sondern Vogel hielt sich von Beginn an betont im Hintergrund, um nicht als westdeutscher »Kolonialherr« zu erscheinen,¹³⁴ was die Übernahme einiger ostdeutscher Minister der Vorgängerregierung einschloss. Einer von ihnen, der Minister der Staatskanzlei Andreas Trautvetter (CDU), vertrat Vogel auch im Verwaltungsrat der Treuhand und hatte dem folgenschweren Beschluss zur

132 Vgl. Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen Möllemann, an den Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Thüringen, Hans-Jürgen Schultz, 13.5.1991, LATH – HStA Weimar, 6-82-1001, Nr. 1400, Bl. 65 f.

133 Vgl. Chef der Thüringer Staatskanzlei, Krapp, an das Ministerium für Wirtschaft und Technik, Killmer, 26.9.1991, Entwurf, LATH – HStA Weimar, 6-82-1001, Nr. 1295/1, unfol.

134 Bernhard Vogel. Gespräch am 12. März 1992, in: Günter Gaus (Hg.): Zur Person. Günter Gaus im Gespräch mit Ulf Fink, Bernhard Vogel, Gustav Just, Thomas Langhoff, Gisela Oechelhaeuser, Friedrich Wolff, Albert Hetterle, Ellen Brombacher, Berlin 1993, S. 33–54.

Kalifusion vom 9. Dezember 1992 zugestimmt (ohne jedoch über die konkreten Implikationen informiert zu sein). Umso schärfer fiel die Reaktion von Trautvetters ostdeutschem Kabinettskollegen, Wirtschaftsminister Jürgen Bohn (Freie Demokratische Partei, FDP), im Erfurter Parlament aus, nachdem die Details des Fusionsplans öffentlich bekannt geworden waren. Dabei bewegten sich Bohns Worte, die er nicht nur im Parlament, sondern auch auf Protestkundgebungen vor Ort wiederholte, zum einen ganz im Diskursraum der landespolitischen Solidarität mit den Kalibergeleuten. Zum anderen lud Bohn den bisherigen föderalen Konflikt zu einem nationalen Ordnungskonflikt zwischen westdeutscher Norm und ostdeutschem Ausnahmeregime auf. Es sei, so Bohn, nicht die Treuhand allein, sondern die »Rhein-Ruhr-Lobby«, d. h. die politisch einflussreichen Stahl- und Kohlekonzerne der Bundesrepublik, die verhindern würden, dass der Westen die »bittere Pille und diesen schweren Weg durchmachen [müsse], den wir momentan vor uns haben«.¹³⁵

Die Betonung struktureller Machtasymmetrien zwischen Ost und West folgte in erster Linie der Intention, Zeit für Nachverhandlungen mit der Treuhand zu gewinnen (wobei Bohn offenließ, welches Ergebnis man in Erfurt anstrebte), und sollte lokalen Gerüchten über die Rolle der Landespolitik, die besonders in Bischofferode, wo man auf die Schließung des Werks ganz und gar nicht vorbereitet war, selbst schon für den »Grubentod« verantwortlich gemacht wurde,¹³⁶ entgegenwirken. Jedoch entfalteten Bohns Worte schon bald eine kaum noch zu steuernde Eigendynamik. Schnell wurde die Landesregierung selbst zur Getriebenen der Opposition. Denn Letztere nahm Bohns Fundamentalkritik am Westen zum Anlass, um die Landesregierung auf die Maximalforderung festzulegen, nämlich den unbedingten Erhalt der letzten noch verbliebenen Kalischächte in Nordthüringen. In einer Parlamentsdebatte Mitte Januar 1993

135 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 69. Sitzung am 11. Dezember 1992, S. 4994, http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/6266/69_plenarsitzung.pdf (Zugriff am 28.1.2022).

136 Flugblatt des Bürgerkomitees Worbis e. V., Grubentod, o. D. [Januar 1993], LATH – HStA Weimar, 6-82-1001, Nr. 1295, Bl. 132.

forderten Abgeordnete von SPD und PDS die Landesregierung mit Verweis auf die suspekte Rolle Trautvetters im Verwaltungsrat der Treuhand dazu auf, sich »nicht auf Nebenkriegsschauplätzen« zu tummeln, sondern kompromisslos für den Erhalt von Standorten zu kämpfen.¹³⁷ Die Landesregierung unter Bernhard Vogel begab sich damit auf eine monatelange Gratwanderung zwischen Kompromissbereitschaft gegenüber der Treuhand und der von der Mehrheit im Parlament geforderten Kompromisslosigkeit. In diesem politischen Dilemma stimmte Ministerpräsident Vogel in der Sitzung des Treuhand-Verwaltungsrats am 23. April 1993 als Einziger gegen den zur Abstimmung stehenden Fusionsvertrag. Auch von seinen vier Amtskollegen im Osten war kein Zeichen der Solidarität zu vernehmen, vielmehr zeigten diese sich irritiert vom Verhalten Vogels. Im Land selbst aber konnte sich dieser als prinzipientreuer Ministerpräsident präsentieren und eine befürchtete Regierungskrise abwenden.

In den hitzigen Verhandlungen in der Treuhand und im Erfurter Parlament sammelten die Protestneulinge in Bischofferode allerlei Erfahrungen mit unterschiedlichen Protestformaten. Dabei konzentrierten sie sich zunächst auf die Solidarität in der Eichsfelder Region, die ihnen auch im Westteil des einst geteilten Eichsfelds zuteilwurde. Das historisch tief verankerte Narrativ vom »Armenhaus« Deutschlands, zu dem das Eichsfeld erneut zu werden drohte, wirkte mobilisierend und bündnisbildend. Das spiegelte sich auch in der Protestkultur wider. So initiierten die Kumpel Straßenblockaden rund um die Region und protestierten zusammen mit Bürgern, örtlichen Politikern und Unternehmern. Selbst bei einer eskalierenden Demonstration vor der Treuhandanstalt in Berlin am 17. Mai 1993 begriffen die Kumpel ihren Kampf als Dienst an der Region, die »in 40 Jahren durch uns und durch unsere Eltern Arbeit aufgebaut wurde« und nun »in nur knapp 4 Jahren zum größten Teil wieder

137 Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 72. Sitzung am 15. Januar 1993, S. 5233–5252, http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/7855/72_plenarsitzung.pdf (Zugriff am 28.1.2022).

zunichte gemacht« werde.¹³⁸ Das Narrativ des Kampfes für die Region war für Kumpel umso wichtiger, da das Gesamtunternehmen, die Mitteldeutsche Kali AG (MDK), keinen dauerhaften Solidaritätsraum darstellte. Weder hatten die Bischofferöder die Kaliproteste von 1990/91 unterstützt noch erhielten sie nun nennenswerte Unterstützung für ihren Kampf aus anderen (ehemaligen) Kaliregionen.

Der am 1. Juli 1993 beginnende Hungerstreik schrieb sich aus Sicht der Kumpel in das Protestnarrativ vom Kampf um die Region ein. Als einer der Hungerstreikenden im August von einem anarchosyndikalistischen Blatt gefragt wurde, »Warum ein Hungerstreik?«, hatte sich der Interviewer sicherlich eine andere Antwort erhofft als den schnöden Pragmatismus, mit dem der Interviewte auf die Frage reagierte: »... weil alle Möglichkeiten, die zum Erhalt des Arbeitsplatzes aufgeführt werden können, alle Kampfmaßnahmen von den Bischofferodern [sic!] ergebnislos durchgeführt worden waren.«¹³⁹ Zugleich deutet das Interview auf protestkulturelle Transfers zwischen westdeutschen Linken und den konservativ eingestellten Eichsfelder Bergleuten hin, die sich das Konzept Hungerstreik jedoch eigensinnig aneigneten. Für diesen protestkulturellen Transfer spielten ideologische Anknüpfungen an die lange Tradition des Hungerstreiks als politisches Kommunikationsmittel der revolutionären, radikalen und anticolonialen Linken im 20. Jahrhundert keine Rolle.¹⁴⁰ Viel wichtiger waren konkrete Netzwerkbeziehungen. Dazu zählte die Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, zu der die Kumpel bereits im Frühjahr 1993 Kontakt aufgenommen hatten, also zu einer Zeit, in der das Bündnis einen deutlichen Ideologisierungsschub erfuhr. Von hier aus sickerten nicht nur Konzepte und Begriffe der Neuen Linken wie die

138 Flugblätter: In Zukunft Peine-Kali aus Bischofferode, o. D., BArch Berlin, B 412/3365, unfol.; Was kostet den Steuerzahler diese »Kali-Fusion«?, o. D., ebd., unfol.

139 Interview, in: Direkte Aktion, Nr. 100/1993.

140 Zur historischen Einordnung vgl. Maximilian Buschmann: Hungerstreik – Notizen zur transnationalen Geschichte einer Protestform im 20. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015) 49, S. 34–40. Zur Adaption des Hungerstreiks durch die RAF vgl. Jan-Hendrik Schulz: Unbeugsam hinter Gittern. Die Hungerstreiks der RAF nach dem Deutschen Herbst, Frankfurt am Main 2019, S. 33–59.

Deutung der Wiedervereinigung als Kolonialisierung in die Sprache der Bischofferöder ein,¹⁴¹ auch konnten die Kumpel über diese Netzwerkbeziehungen miterleben, wie Teile der in der Initiative engagierten Belegschaft des Berliner Batteriewerks Belfa am 28. Juni 1993 in einen Hungerstreik traten, der bereits einen Tag darauf mit dem Erhalt des Werks erfolgreich endete.¹⁴² Einen anderen Hungerstreik konnten die Kumpel durch enge Kontakte zu den seit 1987 im Arbeitskampf befindlichen Stahlwerkern von Rheinhausen verfolgen. Einige der letzten noch verbliebenen Stahlwerker traten im März 1993 selbst in einen von der nationalen Öffentlichkeit allerdings kaum noch beachteten Hungerstreik,¹⁴³ heroisierten die Kumpel über ihre Netzwerke zur Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) als Fackelträger »des mutigen Arbeitskampfs von Rheinhausen« gegen die »Fata Morgana der ›sozialen Marktwirtschaft‹«¹⁴⁴ und schickten regelmäßig Abordnungen nach Bischofferode. Für die Solidaritätsbeziehungen waren die politischen Netzwerke der Rheinhausener indes weniger wichtig als der Habitus des ehrlichen und anständigen Arbeiters, den die Stahlwerker verkörperten.

In der Protestchronologie der Bischofferöder stellte der Hungerstreik aber auch eine Reaktion auf die bereits erwähnte Gewalteskalation am 17. Mai vor der Treuhand dar. Nachdem dieses Ereignis eine weitgehende Delegitimierung der Kaliproteste in nationalen Medien jenseits des linken Spektrums nach sich gezogen hatte, setzten die Kumpel alles daran, sich vom Image des Steine schmeißenden Mobs zu befreien und ihr Selbstbild vom friedlichen und ehrenhaften Arbeiter wiederherzustellen.¹⁴⁵ Als gewaltlose Protestform, die zugleich eine Provokation der öffentlichen

141 Vgl. Aufruf der Bischofferöder Kaliwerker, An die Bevölkerung der ganzen Region Thüringen zum 1. Mai 1993, o. D., AfsB, IG BE, 17363, unfol.

142 Vgl. Höge: Berliner Ökonomie (wie Anm. 100), S. 98–101.

143 Vgl. J.S.: Hungerstreik fürs Werk. Rheinhausen-Männer protestieren, in: taz vom 15.3.1993.

144 Faltblatt MLPD, »Bischofferode – Symbol einer neuen Arbeiteropposition«, 16.8.1993, RHG, PA M. Jander, MJ 59, unfol.

145 Vgl. »Methoden wie bei der Stasi«. Kumpel fühlen sich von der Polizei provoziert und mißhandelt, in: Das Obereichsfeld vom 22.5.1993.

Ordnung darstellte, eignete sich ein Hungerstreik hervorragend. Und in der Tat, wie der *Spiegel* am 12. Juli berichtete, waren die Kumpel, seitdem sie »nicht mehr nur ein paar Schilder vor dem Grubeneingang hochhalten, sondern für den Erhalt ihres stickigen, heißen, lauten und manchmal sogar gefährlichen Arbeitsplatzes ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, [...] wieder in den Medien« – und zwar nun als verzweifelte Männer, die mit Unterstützung ihrer Ehefrauen um das nackte Überleben ihrer Familien kämpften.¹⁴⁶ Aus den am Rande der Gesellschaft stehenden Steinewerfen waren verzweifelte Familienväter geworden, mit denen sich die gesellschaftliche »Mitte« wieder identifizieren konnte.

Das tat sie aber nur bedingt. Denn der Hungerstreik machte aus dem einstigen Kampf mit dem Staat für die Region bald einen Kampf gegen das »System« und dessen Träger, zu denen neben dem Staat und den Unternehmen auch die Gewerkschaften zählten. Vor diesem Hintergrund formierte sich vor Ort auch Gegenprotest. Lokalpolitiker im Eichsfeld, denen die jahrelange Sonderbehandlung der Kalikumpel durch die Landesregierung schon länger ein Dorn im Auge war, warfen den »verantwortlichen politischen Kräfte[n]« nun vor, dazu beigetragen zu haben, dass der Protest »zu einer offenen Nötigung des Staates« geworden sei, während sie die Gestaltung des Strukturwandels vernachlässigt hätten.¹⁴⁷ Damit stellten sie bewusst Analogien zu den Kämpfen der RAF her, die seit 1973 mehrere kollektive Hungerstreiks durchgeführt hatte¹⁴⁸ und seit dem Rohwedder-Mord auch im Osten Fuß zu fassen drohte. Die Gefahr, dass die RAF neuen Nährboden gewinnen könnte, schien in Bischofferode umso konkreter, da immer mehr linksradikale Sympathisanten ins Eichsfeld pilgerten, um sich mit den Bischofferödern zu solidarisieren. Dazu

146 »Das Hungern frißt Nerven«. Kalikumpel in Bischofferode kämpfen verzweifelt gegen die Schließung ihrer Grube, in: *Der Spiegel* 28/1993.

147 Landkreis Heiligenstadt (Eichsfeld), Erklärung des Kreis Ausschusses des Landkreises Heiligenstadt zu den fortdauernden Auseinandersetzungen um die Perspektive des Kaliwerkes Bischofferode, 9.7.1993, BArch Berlin, B 412/3367, Bl. 424f.

148 Vgl. hierzu Schulz: *Unbeugsam hinter Gittern* (wie Anm. 140); Heiko Stoff: *Die Komamethode. Willensfreiheit, Selbstverantwortung und der Anfang vom Ende der Roten Armee Fraktion im Winter 1984/85*, Berlin 2020.

kamen vereinzelt rechtsextreme Gruppen, weshalb der Hungerstreik in einigen Medien auch als von »Trittbrettfahrern von RAF bis Neonazis« unterwandert bezeichnet wurde.¹⁴⁹

Die Landesregierung musste reagieren und veränderte bald ihre Strategie, die nun auf eine gesichtswahrende Beendigung des Hungerstreiks zielte.¹⁵⁰ Es ging, so das Argument, nun nicht mehr um die Durchsetzung von Maximalzielen, sondern um den Gesundheitszustand der Kumpel und die Verhinderung einer Radikalisierung. Als das Landeskabinett seinen Strategiewechsel am 17. Juli einleitete, hatten Vogel und die zuständigen Minister mit der Treuhand bereits eine großzügige Auffanglösung für zwei Jahre ausgehandelt, die der Ministerpräsident kurz darauf um ein Versprechen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Region erweitert hatte, was den Kumpeln zumindest einen sanften Fall ermöglichte.¹⁵¹ Auch im Länderreferat der Treuhand war man sich nun sicher, damit »den Hungerstreikenden die Möglichkeit [eröffnet zu haben], die Aktion als einen Erfolg zu verkaufen und damit den Streik ohne Gesichtsverlust abzubrechen«. ¹⁵² Doch der Protest ging mit Unterbrechungen bis Ende Dezember 1993 weiter. Trotz der medialen Abwertung des Arbeitskamps im Zuge des Pilgerstroms linker Gruppen sowie einzelner Abgeordneter und ehemaliger ostdeutscher Bürgerrechtler, die sich aber nur kurzzeitig am Hungerstreik beteiligten, konnten Arbeitskampf und

149 Wilfried Glöde: Trittbrettfahrer von RAF bis Neonazis. Zweifelhafte Gruppen nutzen Aktionstage in Bischofferode zur Werbung für eigene Ideen aus, in: Neue Zeit vom 13.8.1993; Florian Stumfall: Augenschein in Bischofferode. Kumpel, Kali, Kommunisten, in: Bayernkurier vom 4.9.1993.

150 Vgl. Thüringer Staatskanzlei, Kabinettsreferat, Niederschrift über die 134. Kabinettsitzung am 17.7.1993, Sondersitzung zur Situation in Bischofferode, 19.7.1993, LATH – HStA Weimar, 6-82-1001, Nr. 2338, unfol.

151 Vgl. Aktivitäten zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Region Bischofferode, Ergebnis der Besprechung zwischen THA, MDK und der K+S am 12.7.93, BArch Berlin, B 412/10749, unfol.; Kaliwerk Bischofferode, Betriebsrat, Heiner Brodhun, Stellungnahme zur Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen im Ergebnis der Kabinettsitzung am 17.7.1993, BArch Berlin, B 412/3367, Bl. 284.

152 THA, Präsidialbereich Länderfragen, Länderabteilung Thüringen, PL 5, Dr. Link, an Präsidentin Birgit Breuel, Kali, Bemühungen um Beendigung des Hungerstreiks in Bischofferode, 16.7.1993, BArch Berlin, B 412/3252, Bl. 330.

»Weltrevolution« (und Nationalismus) vor Ort so lange gut nebeneinander existieren, wie man sich nicht in die Belange des anderen einmischte. Dieses »silent agreement« fand während eines Aktionstages in Bischofferode am 21. August ein jähes Ende. Denn am Rande musste sich der Betriebsrat mit einem Ultimatum des Vorstands der MDK befassen, der mit einem sofortigen Produktionsstopp drohte, sollten »betriebsfremde« Personen weiterhin das Gelände blockieren.¹⁵³ Die Meinungen hierzu waren geteilt. Ein Teil des Betriebsrats, unter anderem der Vorsitzende Heiner Brodhun, der zudem der CDU angehörte, votierte für den Abzug »betriebsfremder« Kräfte, ein anderer Teil dagegen. Am Ende entschied sich das Gremium für den Abzug als Voraussetzung für eine Fortsetzung des Arbeitskampfes bei laufender Produktion – schließlich blieb es das vorrangige Ziel, den Betrieb zu erhalten.¹⁵⁴ Nachdem sich Martin Clemens, der Sprecher der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative, in diesen Konflikt eingemischt und Brodhun der »Spaltertätigkeit« bezichtigt hatte, beschimpfte Letzterer Clemens öffentlich als »Hobbyterrorist«.¹⁵⁵

Das Zweckbündnis zwischen Betriebsrat und radikalen Linken fand damit ein jähes Ende und Letztere zogen Ende August 1993 allmählich aus Bischofferode ab. Lediglich in ihren Medien hallte die Aufforderung, das Signal von Bischofferode weiterzutragen, noch eine gewisse Zeit nach.¹⁵⁶ Der Erfahrungsraum Bischofferode aber beschleunigte eine nachhaltige Fokusverlagerung in den Erinnerungsdiskursen der radikalen Linken. Die »erprobte[n] Linke[n]«, die man in den Kumpeln sehen wollte, fand man im Eichsfeld nicht – stattdessen stieß man auf Arbeiter, welche die deutsche Einheit »hoffnungsvoll« begrüßten und den »neoliberalen Umbau in

153 MDK, Der Vorstand, an die Werksleitung des Kaliwerks Bischofferode/Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode, 4.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

154 Vgl. BMWi, L-D/THA 2, Vermerk, Betr.: Fusion Mitteldeutsche Kali AG/Kali u. Salz AG; hier: Standort Bischofferode, 23.8.1993, BArch Koblenz, B 102/706097, Bl. 43.

155 Martin Clemens: Bischofferode. Ein Bericht, 6.9.1993, in: Gehrke, Dokumente (wie Anm. 98), S. 308 f.

156 Vgl. z. B. Werner Engelhardt: Das Signal von Bischofferode weitertragen, in: Rote Fahne (1993) 34.

Deutschland« nicht erkannt hätten. Die Hoffnungen der Neuen Linken verlagerten sich damit bald auf den zur neuen »Arbeiterklasse« stilisierten »(oft ausländische[n]) Saisonarbeiter«, der vermehrt in prekären Dienstleistungsberufen anzutreffen war.¹⁵⁷ Ältere Utopien wurden mit Bischofferode also nicht obsolet, sondern erfuhren vielmehr Umdeutungen und Aktualisierungen.

Auch für die PDS markierte der Hungerstreik eine Wegmarke im Prozess ihrer eigenen Transformation. Anders als die radikale westdeutsche Linke verband die PDS den Hungerstreik der Kalibergleute mit eigenen Traditionen und Demokratievorstellungen. Hatte die Partei den Protest ostdeutscher Belegschaften 1991 noch ausschließlich mit einer Reform der Treuhand (also mit Kurzfristzielen) verknüpft, wurde der Protest der Bischofferöder in Diskursräumen der Partei seit Sommer 1993 als Bestandteil einer generellen »aktive[n] sozialistische[n] Tagespolitik« »gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Arbeitsplatz-, Kultur- und Naturzerstörung« konzipiert.¹⁵⁸ Damit korrespondierte, dass sich die PDS auf Landesebene zunehmend als Fortführerin der bisherigen Solidaritätspolitik des Landes inszenierte und dies mit alternativen strukturpolitischen Forderungen verband, etwa der Sanierung des Kaliwerks im Landeseigentum.¹⁵⁹ Der Strategiewechsel der Landesregierung im Juli 1993 trug schließlich auch dazu bei, dass sich die PDS aus ihrer bisherigen parlamentarischen Außenseiterrolle an die Spitze der Opposition manövrieren konnte. Solange die Solidarität mit den Kumpeln parteiübergreifender Konsens gewesen war und als Bindeglied zwischen Regierung und Opposition fungiert hatte, gab es für Letztere keine Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. Dadurch konnten sich auch genuin ostdeutsche Konfliktlinien zwischen Bürgerrechtsgruppen, ehemaligen »Blockpar-

157 Ulrich Peters: *Unbeugsam & widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90*, Münster 2014, S. 162–185.

158 Judith Dellheim: »Bischofferode ist überall« – Und die PDS?, in: *Informationsdienst PDS/Linke Liste* (1993) 16.

159 Vgl. Thüringer Landtag, 1. Wahlperiode, 102. Sitzung am 23. Dezember 1993, S. 7887 f., http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/10071/102_plenarsitzung.pdf (Zugriff am 28.1.2022).

teien« und der SED-Nachfolgepartei im Landesparlament fortsetzen. Der landespolitische Strategiewechsel aber zwang zur Zusammenarbeit der Oppositionsparteien, die seit Juli 1993 zunehmend mit einer Stimme sprachen und gemeinsame Initiativen gegen die Landespolitik entwickelten. Dabei unterschied sich das Handeln der Opposition auf Landesebene grundlegend von den Entwicklungen auf der Bundesebene, wo nur noch die PDS als Wortführerin der Kumpel auftrat.

Eine wichtige Rolle im Profilierungsprozess der PDS spielten auch (westdeutsche) gewerkschaftliche Basisfunktionäre, die sich nicht nur ebenso zahlreich mit den Kumpeln solidarisierten und Spendengelder sammelten, sondern den Hungerstreik auch nutzten, um ihren eigenen Unmut über die als profillos wahrgenommene Politik der Vorstände von unten zu artikulieren. Anlass dazu gab ihnen die Haltung des Vorstands der IG Bergbau und Energie (BE), der dem im Geheimen verhandelten Fusionskonzept nicht nur zugestimmt, sondern dieses auch mitinitiiert hatte. Aus Empörung darüber bildeten zahlreiche gewerkschaftliche Basisfunktionäre Solidaritätskomitees, formulierten Anträge an Gewerkschaftskongresse, in denen sie sich explizit auf Bischofferode bezogen, organisierten aber auch lokale Aktionen. In Frankfurt (Oder) etwa initiierte das DGB-Kreisbüro Ende Juli 1993 einen eigenen Hungerstreik, der sogar Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) in die Region lockte,¹⁶⁰ und in Berlin besetzten Seniorenvertreter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) das örtliche Büro der für Bischofferode zuständigen IG BE, auch um allgemein gegen die Verwässerung gewerkschaftspolitischer Forderungen in Brandenburg zu demonstrieren.¹⁶¹ Die IG BE, deren Spitzenfunktionäre die Kalifusion nicht nur mitgetragen, sondern sogar öffentlich beworben hatten, geriet dadurch innerhalb des DGB immer mehr unter Druck, sodass sich ihr

160 Vgl. Ministerin Hildebrandt: So geht es nicht weiter, in: Märkische Oderzeitung vom 31.7.1993.

161 Vgl. DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Christiane Bretz, an Gewerkschaft HBV, Manfred Müller, Besetzung des Berliner Büros der IG Bergbau und Energie am 17.08.1993, 18.8.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

zuweilen auch persönlich angegriffener Vorsitzender Hans Berger im September 1993 zu einer öffentlichen Stellungnahme gegen jene »DGB-Gewerkschafter« genötigt sah, »die sonst gern das Wort Solidarität im Munde« trügen, um sich in Wahrheit »an der Diffamierung der IG BE zu beteiligen«. ¹⁶²

Der Bundesvorstand des DGB hatte schon im Juli mit einer eigenen Kanalisierungsstrategie reagiert, die unmittelbar an die Erfahrungen mit der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative anknüpfte. Alarmiert durch den Thüringer Landesvorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Frank Spieth, dass sich die »Solidarisierungswelle« für Bischofferode »zu einem ähnlichen Problem« auszuweiten drohe, »wie es die Betriebsräte-Initiative zum Jahreswechsel darstellte«, und dies ein konzeptionelles Gegensteuern verlange, ¹⁶³ erhielt Spieth die Order aus Düsseldorf, die »Forderung nach einer aktiven Industrie- und Arbeitsmarktpolitik, die eine Entindustrialisierung Thüringens verhindert«, in die Protestbewegung zu tragen, auch um den Konflikt zwischen dem Bischofferöder Betriebsrat und der IG BE auf einer »höheren Ebene« aufzulösen. ¹⁶⁴ Spieth setzte diese Strategie um, indem er sich dem bereits gebildeten »Aktionsbündnis 5 vor 12 – Thüringen brennt!« – ein Zusammenschluss von Thüringer Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären (unter anderen Bodo Ramelow von der HBV) – anschloss und versuchte, dieses zu einem Diskussionsforum für regionale Strukturpolitik zu entwickeln. Dabei scheiterte Spieth aber nicht nur am Widerstand der Treuhand, die seine Einladungen wiederholt abwies, ¹⁶⁵ sondern auch an internen Konflikten zwischen Gewerkschaftern und Betriebsräten innerhalb des »Aktionsbündnisses«, die sich nach

162 Hans Berger: Die Kräfte bündeln, in: Gp-Magazin (1993) 9, S. 30.

163 DGB, Abt. Vorsitzender, Günther Horzetzky, an den Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer, Aktionstag in Bischofferode, 13.7.1993, AdsD, 5/DGAI002269, unfol.

164 DGB, Abt. Vorsitzender, Günther Horzetzky, an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands, 23.7.1993, AfsB, IG BE, 17363, unfol.

165 Vgl. THA, Persönlicher Referent von Präsidentin Breuel, von der Schulenburg, an den DGB-Landesbezirk Thüringen, Frank Spieth, 19.10.1993, BArch Berlin, B 412/3182, Bl. 46.

dem Ende des Arbeitskampfs von Bischofferode zunehmend auftraten.¹⁶⁶ Dies verweist auf die Grenzen der Solidarität der ostdeutschen Betriebsräte. Betriebsübergreifende Solidarität wurde beschworen und zum Teil institutionalisiert, solange sie den jeweiligen lokalen Interessen diene. Eine längerfristige Tradition erwuchs angesichts der jeweils spezifischen betrieblichen Probleme daraus aber nicht.

Wenig Interesse an solchen Protestbündnissen hatten auch die Gewerkschaftsvorstände, allen voran die IG Metall, aus deren Reihen sich besonders viele Basisfunktionäre mit den Kumpeln solidarisiert hatten, und von denen einige die Debatte über Bischofferode zum Anlass nahmen, der Gewerkschaftspolitik eine neue Richtung zu geben. Über den innerverbandlichen Weg versuchten örtliche IG-Metall-Funktionäre immer wieder, den Vorstand ebenfalls zur Solidarität mit den Kumpeln und zur Positionierung gegen die IG BE zu verpflichten. Aber obwohl der Vorstand die politischen Positionen der IG BE nicht teilte, sah er in diesen Initiativen von unten doch auch eine Verletzung der gewerkschaftlichen Autonomie, d. h. des gewerkschaftlichen Demokratieverständnisses, und darin wiederum eine Schwächung des politischen Einflusses der Gewerkschaften. Der Hungerstreik sei, so die offizielle Lesart im Frankfurter Vorstand, ein »Symbol von gewerkschaftlicher Niederlage«, denn er vermenge »Gegenwehr und Widerstandsrecht« und verweise damit »gewerkschaftliche und politische Handlungsperspektiven«.¹⁶⁷

Für viele (westdeutsche) Basisfunktionäre beschleunigten der Hungerstreik und die Reaktion der Gewerkschaftsvorstände einen Bewusstseinswandel gegenüber der PDS. Während die Vorstände Letztere weiterhin vorrangig als SED-Nachfolgepartei wahrnahmen, Bündnisse mit der Partei kategorisch ausschlossen und stattdessen einen Konsens mit der konservativ-liberalen Bundesregierung anstrebten, fanden immer mehr

166 Vgl. Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz/Rainer Weinert: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Wiesbaden 1997, S. 217–228.

167 Der 3. Außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall am 2.10.1993 – Eine erste und vorläufige Einschätzung, 4.10.1993, AdsD, 5/IGMZ150553, unfol.

Basisfunktionäre den Weg zur PDS. Das betraf keineswegs nur eine kommunistische Minderheit, die sich ideologisch zur PDS hingezogen fühlte, sondern geschah auch aus reinem Pragmatismus angesichts schwacher Gewerkschaften im Osten.¹⁶⁸ Hilfreich waren dabei konkrete Ereignisse wie der Hungerstreik von Bischofferode, die eine (nicht selten spontane) katalytische Wirkung entfalteten. Dabei vollzogen einige in die Ereignisse von Bischofferode involvierte Gewerkschafter den Beitritt zur PDS/Linkspartei bereits unmittelbar nach dem Hungerstreik, manche aber erst in Verbindung mit anderen katalytischen Ereignissen. Der Chef der Berliner HBV Manfred Müller, der die Besetzung des örtlichen IG-BE-Büros unterstützt hatte, kandidierte schon bei der Bundestagswahl 1994 erfolgreich für die PDS.¹⁶⁹ Der Thüringer HBV-Vorsitzende Bodo Ramelow, der sich auch im »Aktionsbündnis 5 vor 12 – Thüringen brennt« aktiv engagiert hatte, vollzog diesen Schritt (zusammen mit Frank Spieth) erst nach dem SPD-internen Bruch zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine im Frühjahr 1999. Gleichwohl spielt letzteres Ereignis seit seiner Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten 2014 keine Rolle mehr für seine Inszenierung als »Landesvater«. Vielmehr bezieht er sich auf seinen Kampf für die Hungerstreikenden, deren erinnerungskulturelle Initiativen er bis heute fördert.¹⁷⁰ Müller, Ramelow, Spieth und andere standen damit am Beginn eines wachsenden Zulaufs von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen zur PDS, die seit der Bildung der Linkspartei im Jahr 2007 die Sozialstruktur ihrer Bundestagsabgeordneten dominieren. Eine wichtige Rolle spielte hierfür vermutlich auch, dass sich die PDS parallel zu ihrem Engagement bei den Belegschaftsprotesten linke gewerkschaftliche Deutungsmuster aus den 1980er-Jahren aneignete wie das des »Neokon-

168 Vgl. Thorsten Holzhauser: Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019, S. 231–238.

169 Vgl. S. Weiland: »Perversion« eines Gewerkschafters, in: taz vom 28.2.1994.

170 Vgl. Matthias Wyssuwa: Ein Mann setzt auf Rot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.8.2014; Ministerpräsident eröffnet Erweiterung Kalimuseum, in: Eichsfelder Nachrichten vom 19.4.2017, https://www.eichsfelder-nachrichten.de/news/news_lang.php?ArtNr=210969 (Zugriff am 28.1.2022).

servatismus«,¹⁷¹ das der Vorstand der IG Metall zu dieser Zeit aus seinem politischen Vokabular strich. Diese Entwicklung zählt damit zu den langfristigen Kotransformationen seit den 1990er-Jahren.

Dagegen trug Bischofferode trotz des Engagements der PDS und anderer linker Basisgruppen nicht zu einer nennenswerten politischen Mobilisierung ostdeutscher Belegschaftsvertreter, wohl aber (bis heute) zur Politisierung der Kumpel und ihrer Sprache bei. Zwar kooperierten Betriebsräte auch außerhalb von Bischofferode vielerorts schon früh mit der PDS, wobei sie an ältere persönliche Netzwerke anknüpften,¹⁷² ein größeres politisches Engagement erwuchs daraus aber selten. Gerhard Jüttemann, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Werks Bischofferode, war einer der wenigen, die sich für die PDS längerfristig engagierten. Von 1994 bis 2002 saß er für die Partei (ohne deren Mitglied zu sein) im Bundestag. Dabei eckte er jedoch mit seiner demonstrativ zur Schau gestellten ostdeutschen Bergmannsidentität nicht nur bei Abgeordneten von CDU und FDP an, die seine Redebeiträge immer wieder mit Verweis auf seine DDR-Sozialisation abqualifizierten. Auch innerhalb der PDS-Fraktion war Jüttemann nur bedingt integrationsfähig. So stand er Forderungen seiner Partei zur Gleichberechtigung von Frauen nicht nur distanziert gegenüber, sondern hielt damit auch im Bundestag nicht hinterm Berg.¹⁷³ Am Beispiel Jüttemann zeigt sich, dass zwischen der »ostdeutschen« und »linken« Identität der PDS von Anfang an auch Spannungen bestanden, die von der offiziellen Solidaritätspolitik der Partei bestenfalls überdeckt werden.

Dennoch prägten die Erfahrungen und politischen Deutungen des Hungerstreiks die Weltansichten und Narrative der ostdeutschen Akteure

171 Vgl. Holzhauser: Die Nachfolgepartei (wie Anm. 168), S. 240.

172 Vgl. DGB, Büro Berlin, Dieter Schmidt, an den DGB Thüringen, Frank Spieth, 27.6.1994, AdsD, 1/DSAG000034, unfol.

173 So enthielt sich Jüttemann am 29. Juni 1995 als einziges Mitglied seiner Fraktion bei der Abstimmung über einen Antrag seiner Partei zur Sicherung der Grundrechte von Frauen sowie einen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP über die Änderung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes. Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 47. Sitzung am 29. Juni 1995, <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13047.pdf> (Zugriff am 28.1.2022).

nachhaltig. Dies zeigt das Beispiel Walter Kunze, Mitglied des Bischofferöder Betriebsrats, der im *Neuen Deutschland* im Januar 1994 Bilanz zog. Im Hungerstreik habe er erfahren, »daß die rechtlichen und legitimen Mittel in diesem ›demokratischen Staat‹ nicht ausreichen«. Dennoch sei der Protest der Kumpel nicht erfolglos verlaufen: »Wir haben fast das Optimale erreicht, wenn ich darunter nicht den Fortbestand des Kaliwerkes sehe. Wohlgemerkt – im Rahmen der Möglichkeiten, die mir von der Macht in diesem Staat vorgegeben werden«. ¹⁷⁴ Dieses abschließende Zitat zeigt sehr eindrücklich, wie sehr die hohen Erwartungen ostdeutscher Belegschaftsvertreter vom Herbst 1989 und damit verbundene Demokratievorstellungen als Richtschnur für das eigene Handeln in den Protesten fortlebten, die politische Kommunikation und damit auch die Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit und der Demokratie prägten. Zugleich erfuhren die Erwartungshaltungen in der politischen Protest-Kommunikation während des Privatisierungsprozesses Anpassungen, ohne dass die Enttäuschung über die erfahrene Realität der Demokratie ganz verschwand. Solche Erfahrungen konnten langfristig eine latente Skepsis gegenüber dem »System« befördern, mussten dies aber nicht.

Der lange Schatten ostdeutscher Arbeitskämpfe – eine Bilanz

Die Geschichte der Treuhand und der ostdeutschen Transformation lässt sich ohne die vielen Proteste, die sie begleiteten, nicht verstehen. Dabei waren diese Proteste stets mehr als nur Ausdruck einer wahrgenommenen Nachrangigkeit der Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen. Sie machen politische Frontstellungen in der deutschen Transformationsgesellschaft sichtbar, deren Ursprünge bis in die 1980er-Jahre zurückreichen, trugen im öffentlichen Diskurs zur negativen Integration der »Ostdeutschen« als

174 Walter Kunze: Betriebsratsmitglied im Kaliwerk Bischofferode: Es war nicht umsonst – Interview, in: *Neues Deutschland* vom 31.1.1994.

Herausforderung für die liberale Demokratie bei, hinterließen ihre Spuren im politischen System und machten dabei Möglichkeiten und Grenzen der Solidarität (auch unter Ostdeutschen) sicht- und erfahrbar.

In den Belegschaftsprotesten zeigten sich die Grenzen der von der Treuhand symbolisierten Machbarkeit und Steuerbarkeit des Strukturwandels. Wie das Thüringer Beispiel gezeigt hat, konnten die betrieblichen Proteste indes auch eine wichtige Rolle für postsozialistische Demokratisierungs- und Föderalisierungsprozesse auf Landesebene spielen – eine Handlungsebene, die von der Historiografie bislang weitgehend ausgeblendet wird. Die Protestdynamiken lassen sich damit keineswegs ausschließlich mit ostdeutschen Entwertungserfahrungen erklären, sondern konnten (zumindest eine gewisse Zeit lang und vor allem auf regionaler Ebene) auf politischer Wertschätzung und demokratischer Integration beruhen. In den Protesten zeigt sich aber auch der Traditionsüberhang der »verbetrieblichten Gesellschaft« der DDR, die sich unter den Bedingungen von Revolution und postrevolutionärem Übergang als bedrohte Ordnung in die betriebliche Protestkultur einschrieb. Mobilisierten in den Wochen und Monaten der Revolution vor allem national aufgeladene Forderungen wie die Brechung der SED-Herrschaft im Betrieb und die Wiedervereinigung Deutschlands die Belegschaften zum Protest, dominierten im postrevolutionären Übergang seit Frühjahr 1990 wieder konkrete betriebliche Probleme die weiterhin national aufgeladene Szenerie, die sich nach der Wiedervereinigung mit schweren Enttäuschungen über den einst erhofften Aufbruch mischten und Narrative vom »Bürger zweiter Klasse« aufluden. Vermittelt durch den FDGB, fand die »verbetrieblichte Gesellschaft« schließlich als Korrektiv zu den postrevolutionären Debatten zunächst Eingang in die Diskussionen des Runden Tisches und wirkte damit im Hintergrund zugleich auf die Etablierung der Treuhand. Mit der Kontinuität der Behörde korrespondierte eine Kontinuität dieser betrieblichen Protestkultur bis zur »Scheinauflösung«¹⁷⁵ der Treuhandanstalt

175 Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 17.

Ende 1994. Greifbar wird diese Kontinuität in den Quellen immer wieder dann, wenn Forderungen nach einer »gerechten« Verteilung des »Volkeigentums« erhoben wurden oder die Treuhand mit der Stasi verglichen wurde. Dabei blieben die Proteste aber auf ihre betrieblichen Kontexte beschränkt. Und nur wenige Betriebsräte fanden über die Proteste ihren Weg in die Landes- oder Bundespolitik.

Überregionale Mobilisierungen durch politische Akteure außerhalb der Betriebe waren dagegen eher die Ausnahme und Versuche in dieser Richtung stießen immer wieder an die Grenze der Betriebs- und Lokalbezogenheit der Belegschaften. Auch unter ostdeutschen Belegschaften blieb Solidarität jenseits der eigenen Betriebe ein temporäres Phänomen. Diese wurde verbal beschworen und, wie im Thüringer »Aktionsbündnis 5 vor 12«, zum Teil auch praktisch gelebt, solange sie eigenen Interessen diene, aber sie erzeugte keine nachhaltige ostdeutsche Protestgemeinschaft, sondern mündete häufig im Konflikt. Überregionale Mobilisierungen unter Einfluss linker Akteure markierten dagegen zwar kritische Momente im Transformationsgeschehen, erzeugten aber ebenfalls nur kurzzeitig Solidarität. In diesen Momenten jedoch gerieten die Proteste in das Blickfeld einer kritischen nationalen Öffentlichkeit und wurden zu Projektionsflächen für alternative Entwürfe zur politischen Ordnung der westdeutschen Demokratie, die seit den 1980er-Jahren zunehmend von einem neuen Rechts-Links-Konflikt geprägt war. Das Verhältnis zwischen linken Protestgruppen – vor allem gewerkschaftlichen Linken, Linksradikalen und ostdeutschen Reformsozialisten – und den Betriebsräten schwankte stets zwischen Kooperation und Konfrontation. Erstere stellten (zumindest zeitweise) Erfahrungswissen und Infrastrukturen bereit, ohne die die Proteste kaum nationale Relevanz erlangt hätten. Sie trugen häufig aber auch ihre Ideologien in die sich als dezidiert unpolitisch begreifende betriebliche Protestkultur hinein, die in den Sprachgebrauch der Protestierenden einfließen, mit der Zeit aber auch zu Spannungen führten – besonders dann, wenn die Ideologie allzu dogmatisch und ohne Bodenhaftung daherkam. Vor allem radikale Linke wandten sich dann am deutlichsten von den zunächst als Überreste eines authentischen Sozialismus wahrgenommenen Arbeitern und Arbeiterinnen im Osten

ab, während die Proteste in den Gewerkschaften Debatten über das gewerkschaftliche Demokratie- und Politikverständnis auslösten. Zugleich sahen die Gewerkschaftsvorstände besonders nach den Protest- und Gewalterfahrungen vom Frühjahr 1991 eine weitere offizielle Mobilisierung ostdeutscher Belegschaften als Gefahr für die öffentliche Ordnung und eigene politische Handlungsspielräume an. Dies wiederum beförderte Bündnisse zwischen den Gewerkschaften und der in den 1980er-Jahren noch mit großer Skepsis betrachteten konservativ-liberalen Bundesregierung und gleichzeitig den Aufstieg der PDS zur »Ostpartei«, aber auch deren schleichende Transformation zur »Gewerkschaftspartei«, die in den Protesten ein praktisches Laboratorium für eine zukunftsgerichtete »sozialistische Tagespolitik« gegen einen enthemmten Kapitalismus vorfand. Dabei gelang es der Partei, Protestkulturen der westdeutschen Linken, der ostdeutschen Revolutionäre von 1989 und der »verbetrieblichten« Gesellschaft der DDR mit alternativen Demokratiekonzepten und Forderungen der Gewerkschaften sowie sozialpolitischen Bezügen zur DDR zu verbinden. Die Proteste wirkten damit – trotz ihrer Kurzlebigkeit – nachhaltig fort. Sie ließen ost-westdeutsche Bündnisse entstehen, prägten den Sprachgebrauch und die Weltsichten der Protestierenden und trugen (neben weiteren Faktoren) auch zum Wandel der politischen Linken im wiedervereinten Deutschland bei. Eine untergeordnete Rolle spielten dagegen ehemalige ostdeutsche Bürgerrechtler als Protestakteure, deren Protestkultur sich andere Protestgruppen aneigneten.

Die Versuche verschiedener linker Akteure, aus den betrieblichen Protesten eine überregionale Bewegung zu formen, stellten eine Provokation für die öffentliche und politische Ordnung und den vielfach beschworenen friedlichen Charakter der Transformation dar. Erst in diesen Momenten sahen sich die verantwortlichen politischen Akteure dazu veranlasst, mit kurzfristigen Zugeständnissen zu reagieren. Dabei wirkte die von ihnen antizipierte Gefahr, dass der wachsende Unmut der Belegschaften zu einem gesellschaftlichen Linksrutsch führen könne, verstärkend. Der Fokus auf eine Verhinderung möglicher linker Bündnisse trug damit nicht nur zur Aktualisierung eines historisch tief verankerten administrativen Antikommunismus bei, auch überschätzten die Behörden die Fähig-

keit linker Protestakteure, die Betriebsräte langfristig für ihre Interessen zu gewinnen. Zugleich unterschätzten die Behörden die Gefahr rechter bzw. rechtsextremer Gruppen, die nicht nur in den betrieblichen Protesten und den Verlustdiskursen der Belegschaften frühe Anknüpfungspunkte für ihre Bündnispolitik fanden, sondern sich auch weitgehend sanktionsfrei im Osten entfalten konnten. Die Belegschaftsproteste und der politische Umgang mit ihnen trugen auf diese Weise auch zur Verschärfung des westdeutschen Rechts-Links-Konflikts bei, der mit dem Erfolg der AfD im Osten in den letzten Jahren eine neue Dimension erreicht hat. Die Rolle und Bündnispolitik der extremen Rechten in der ost-westdeutschen Transformationsgesellschaft der 1990er-Jahre wird damit künftig auch von der Zeitgeschichtsforschung systematischer zu untersuchen und (ebenso wie die Geschichte der politischen Linken nach 1989) in eine allgemeine Gesellschaftsgeschichte zu integrieren sein.¹⁷⁶ Dabei können sich die Belegschaftsproteste (und nicht nur die rechtsradikalen Proteste in Rostock-Lichtenhagen) im Sinne einer offenen ost-westdeutschen Verflechtungsgeschichte als ertragreiche Forschungsgegenstände erweisen, die Kontinuitätslinien von den betrieblichen zu den Pegida-Protesten offenlegen, aber auch die prinzipielle Offenheit der Entwicklungen sichtbar machen. Dabei wird zu untersuchen sein, wie weit biologistische/rassistische Narrative (in Ost wie West) verbreitet waren, welche Rolle sie in den Protesten spielten und inwiefern sie durch individuelle und kollektive Erfahrungen vor und nach 1989/90 aufgeladen wurden.

Schließlich erklären das in konservativ-liberale Demokratiekonzepte der 1990er-Jahre eingeschriebene antikommunistisch motivierte Protestmanagement der Behörden (und der Gewerkschaftsvorstände) sowie das Scheitern überregionaler Mobilisierungen auch das langfristige Vergessen der Belegschaftsproteste. Denn dadurch wurden die Proteste marginalisiert und es fehlt bis heute an Erinnerungsträgern jenseits der Linkspartei,

176 Vgl. hierzu Yves Müller: »Normalfall« Neonazi – Oder: Gibt es eine zeithistorische Rechtsextremismus-Forschung?, in: Zeitgeschichte-online, 23.10.2019, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/normalfall-neonazi-oder-gibt-es-eine-zeit-historische-rechtsextremismus-forschung> (Zugriff am 18.10.2021).

die ihre »Ostkompetenz« aber zusehends an die AfD zu verlieren droht und damit vor eigenen Existenzfragen steht. Dies könnte es rechten Akteuren heute erleichtern, die Proteste in den Kanon ihrer Erinnerungspolitik aufzunehmen. Auch könnten die Gewerkschaften, aus denen heraus angesichts der Erfolge der AfD auch unter ostdeutschen Betriebsräten zunehmend eine neue gewerkschaftliche Anerkennungs politik gefordert wird,¹⁷⁷ viel kritisches Reflexionspotenzial aus den Transformationsprotesten der frühen 1990er-Jahre ziehen, insbesondere im Hinblick auf ihre eigene Rolle. Gleiches gilt für die Linkspartei. Und schließlich bieten die Belegschaftsproteste mit Blick auf die anstehenden oder zum Teil schon angelaufenen sozialökologischen und digitalen Transformationen der Gegenwart und Zukunft für alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien wichtige historische Anschauungsfälle, die eindrücklich vor Augen führen, dass Transformationsprozesse komplizierte gesellschaftliche Auseinandersetzungen notwendig machen, Moderation bedürfen, Handlungsspielräume begrenzen, aber auch eröffnen und stets auch mit langfristigen Gefahren für die Demokratie einhergehen können.

177 Vgl. z. B. Hans-Jürgen Urban: Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 63 (2018) 3, S. 104–112.